

**Älter werden und Altsein**  
**Vorstellungen der Bürgerinnen und Bürger**

**Studie des Sozialwissenschaftlichen Forschungszentrums  
Berlin-Brandenburg e.V.**

**im Auftrag der Volkssolidarität Bundesverband e.V.**

Oktober 2011

## **Inhaltsverzeichnis**

<b>1.</b>	<b>Vorbemerkungen</b>	<b>5</b>
<b>2.</b>	<b>Älter werden - alt sein - die Positionen der Bürger</b>	<b>7</b>
2.1	Die Erwartungen der Gesellschaft an „Ältere“ aus Sicht der Bürger	7
2.2	Generationenvertrag - das Zusammenwirken der Generationen	14
2.3	Vorstellungen der Bürger über Altern und Altsein	20
2.4	Individuelle Vorstellungen vom Altsein/Altwerden	24
<b>3</b>	<b>Spezifische Sichten zum Altwerden und Altsein</b>	<b>33</b>
3.1	Altersübergang	33
3.1.1	Renteneintritt - Rentenübergang	33
3.1.2	Erwerbsarbeit Älterer - Erwartungen - Bewertungen	37
3.2	Fahrfähigkeit/Fahrerlaubnis (Exkurs)	40
3.3	Pflege	42
3.3.1	Pflege - Erwartungen	42
3.3.2	Familiäre Pflegebereitschaft	44
3.3.3	Pflegeversicherung - Finanzierung und Finanzierungsbereitschaft	47

## Vorwort

Mit der Studie „Älter werden und Altsein - Vorstellungen der Bürgerinnen und Bürger“ folgt die Volkssolidarität Bundesverband e.V. der Tradition, ergänzend zu ausgewählten Sozialreports bzw. Sozialreports 50+ spezifische Ausarbeitungen zu aktuellen sozialpolitischen Problemen bzw. Diskussionen vorzulegen und damit die Auffassungen und Meinungen der Bürger in die öffentliche Debatte einzubringen.



Mit dem von der Bundesregierung in Auftrag gegebenen 6. Altenbericht zum Thema „Altersbilder in der Gesellschaft“ wurden die Vorstellungen zum Altern generell wie zu Teilaspekten zusammengeführt. Zugleich wurde - ausgehend von den real erfolgten Veränderungen der letzten Jahre - sowohl auf die Vielfalt existenter Altersbilder ebenso verwiesen, wie auf die sich aus der verlängerten aktiven Lebenszeit ergebenden neuen Anforderungen an „Seniorenpolitik“.

Die Volkssolidarität versteht Altern als einen Prozess, der ohne Betrachtung der Ursachen und Grundlagen, aus denen sich die soziale Stellung der älteren Menschen in der Gesellschaft ergibt sowie daraus abgeleiteter Normen und Vorstellungen vom Alter in der Gesellschaft, nicht möglich ist. Hierzu gehören einerseits die Lebensbedingungen älterer Menschen ebenso wie ihre Bedürfnisse, Interessen und Wertorientierungen, aber auch ihr Sozialverhalten. Andererseits vollzieht sich Altern und Altwerden nur im Rahmen und als Teil der Gesellschaft und ist ohne soziale und familiäre Einbindung der Senioren generationen nicht gestaltbar. Unser Verband hat sich bereits in seinem ersten „Altenreport '90“ sowohl gegen uniformierte Altersbilder als auch die Reduzierung der Altenarbeit auf Betreuung und Pflege gewandt.

Auch die Volkssolidarität muss sich - wie andere Verbände, Organisationen und Parteien - als größter Sozial- und Wohlfahrtsverband im Osten Deutschlands auf die veränderten Rahmenbedingungen der mit dem Altern verbundenen Prozesse in mehrfacher Hinsicht einstellen und gegebene Orientierungen neu überdenken:

Das betrifft *erstens* die Konsequenzen, welche sich aus der Verlängerung der aktiven Lebensphase im Alter für den Mitgliederverband ergeben. Eine immer vielfältigere Interessenstruktur der älteren Bürger entsteht nicht am Tag des Ausscheidens aus dem Erwerbsprozess, sondern bereits lange vorher. Viele Menschen sind schon länger in Interessengruppen, in Vereinen und Verbänden organisiert. Rd. ein Drittel der Noch-nicht-Rentner verbindet mit dem Alter die Vorstellung, seinem Hobby nachgehen zu können und endlich das zu tun, was man sich seit langem vorgenommen hat. Aber die Hälfte der Noch-nicht-Rentner hat keine bzw. wenig Vorstellungen darüber, wie sie die Phase aktiven Ruhestandes gestalten könnten. Hier vor allem ist ein Aufgabenfeld für Sozialverbände, mit ihrem Wirken Rahmenbedingungen für eine sinnvolle Betätigung zu schaffen - es sei denn, die Vereine hätten immer noch ein Altersbild, welches Alter mit Pflege gleichsetzt. Aktives Alter will gestaltet sein, auch dazu braucht es Sozialverbände und -vereine.

Dazu bedarf es zugleich eines engagierten Ehrenamtes, welches seine Verbandsarbeit auf die unausweichlichen Veränderungen einstellt und damit Kontinuität und Erneuerung gewährleistet.

*Zweitens* prägen gegenwärtig einseitige Zukunftsbilder vom Alter bereits Ängste in allen Altersgruppen. Das betrifft im Besonderen Ängste davor, ein Pflegefall zu werden und nur noch über ein geringes, nicht hinreichendes Alterseinkommen zu verfügen.

Rd. die Hälfte der Bürger, welche noch nicht im Rentenalter sind, fürchtet sich vor kommender Altersarmut. Es vergeht inzwischen kein Tag, an dem nicht auf kommende Altersarmut verwiesen wird - vor allem im Osten - mit dem drohenden Hinweis auf notwendige private Vorsorge. Zugleich geht die Regierung von der Akzeptanz eines langfristig deutlich ansteigenden Anteils von Armut im Alter aus und konzentriert ihre Überlegun-

gen weniger auf die Beseitigung der Armutsursachen, sondern mehr darauf, Armut „verträglich“ zu machen. Zur generationenübergreifenden Arbeit unseres Verbandes gehört deshalb, sich dafür einzusetzen, dass für die nachrückenden Seniorenjahrgänge die Altersarmut mit gesicherter Erwerbsarbeit und Mindestlöhnen vermieden wird. Das Rentensystem muss sich wieder an der Lebensstandardsicherung orientieren und nicht Armut durch eine Zuschussrente „verträglich“ zu machen versuchen. Das betrifft im Interesse der nachrückenden Generationen auch die aus unserer Sicht längst überfällige notwendige Angleichung des aktuellen Rentenwertes - sowohl als Restposten der deutschen Einheit als auch aus Sicht der Armutsminderung im Osten.

Dazu gehört aber auch, sich gegen medial verbreitete Bilder von den Alten, welche die Jungen mit Schulden überhäufen, anzugehen. Der Schuldenberg von knapp 25.000 Euro, den jeder Bürger mit sich herumschleppt, ist in hohem Maße Ergebnis einer verfehlten Finanz- und Wirtschaftspolitik und nicht maßloser sozialpolitischer Ansprüche der Älteren - denen von der Politik auch nie das dreifach hohe Bundesvermögen (Deutsche Bahn, Lufthansa, Autobahnen usw.) gegengerechnet wird. Die Bürger sind durchaus bereit, ihren Beitrag zum Gemeinwohl zu leisten, wenden sich aber mehrheitlich gegen die Privatisierung sozialer Sicherungssysteme.

*Drittens* heißt für unseren Verband aktive Alterspolitik auch, sich einer, den veränderten Bedingungen entsprechenden aktiven Familienpolitik zuzuwenden. Das beginnt mit einer Familienpolitik, welche kinderfreundlich ist und vorhandene Kinderwünsche realisierbar macht, das schließt speziell im Osten solche Ausbildungs- und Arbeitsverhältnisse ein, welche die immer noch zu hohe Abwanderung eingrenzen, und reicht bis zu weitergehenden Überlegungen zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Pflege.

Insofern darf eine zunehmende Zahl älterer Menschen nicht dazu führen, eine einseitige Verbandsarbeit zu entwickeln. Das Bekenntnis zu einer generationenübergreifenden Arbeit kann in Bundes- und Landes-Satzungen und -beschlüssen generell und im Detail, in umfangreichen Ausarbeitungen oder in Kurzfassung festgelegt werden, umgesetzt werden muss es auf jenen Ebenen, wo die Bürger leben, d.h. in den Dörfern, Kommunen und Städten. Generationenübergreifendes Wirken heißt, den spezifischen Interessen der unterschiedlichsten Altersgruppen in der Verbandsarbeit auch Rechnung zu tragen - das verlangt vor allem entsprechende Angebote aus den Gruppen heraus und Impulse seitens der entsprechenden Verbandsebenen.

Fazit: Altern der Gesellschaft ist ein gestaltbarer Prozess - aber nur dann, wenn er aus Sicht der Bürger aller Generationen realisiert wird und nicht einseitig marktwirtschaftlichen und fiskalischen Erfordernissen untergeordnet wird.

Berlin, Oktober 2011



Prof. Dr. Gunnar Winkler

Präsident der Volkssolidarität - Bundesverband e.V.

## 1. Vorbemerkungen

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat 2007 eine Sachverständigenkommission beauftragt, den 6. Altenbericht zum Thema „Altersbilder in der Gesellschaft“ zu erarbeiten und die Ergebnisse in der Öffentlichkeit zur Diskussion zu stellen. 2011 wurde dieser Bericht vorgestellt.<sup>1</sup> Zugleich hat sich die Bundesregierung in einer Stellungnahme zum Bericht und den gegebenen Empfehlungen geäußert.<sup>2</sup>

Die Erarbeitung von „Altenberichten“ der Bundesregierung erfolgt seit 1993 mit dem ersten Bericht zur Analyse der Lebenssituation älterer Menschen in der Bundesrepublik. Danach folgten Berichte zum Wohnen (1998), zum Verhältnis Alter und Gesellschaft (2001), zur Versorgung Hochaltriger (2002), zu den Potenzialen des Alters (2006).

Bereits 1990 hatte der damalige Hauptvorstand der Volkssolidarität den ersten Altenreport für die neuen Bundesländer<sup>3</sup> - die seitdem regelmäßig erscheinen - in Auftrag gegeben.<sup>4</sup> Über die Alten-/Seniorenreports hinaus - welche sich speziell mit der sozialen Situation von Bürgern ab 50. Lebensjahr beschäftigen - wurde vom Verband eine Reihe spezieller Publikationen zur Rentenentwicklung, zur Altersarmut, aber auch zur Entwicklung bürgerschaftlichen Engagements sowie den Ergebnissen des Vereinigungsprozesses - z.T. auch für einzelne Bundesländer - herausgegeben.

Die nachfolgenden Ausführungen beruhen auf den Ergebnissen einer empirischen Erhebung, welche im Auftrag der Volkssolidarität Bundesverband e.V. im Frühjahr 2011 in den neuen Bundesländern und Berlin-Ost sowie im Bundesland Nordrhein-Westfalen zu ausgewählten Aspekten hinsichtlich der Vorstellungen der Bürger zum Altern und Altsein durchgeführt wurde.

Im Zentrum der Erhebung standen dabei:

- die Erwartungen der Gesellschaft an „Ältere“ aus Sicht der Bürger,
- Bewertungen der Bürger zu den Beziehungen der Generationen,
- die Erwartungen/Vorstellungen der Bürger auf das eigene Altsein,
- eine Diskussionsposition zu Altenbildern - speziell in der DDR - aus heutiger Sicht, da diese im Bericht der Bundesregierung völlig fehlen.

In dem von der Volkssolidarität Bundesverband e.V. im Herbst dieses Jahres vorgelegten Sozialreport 50+ 2011<sup>5</sup> wurden detaillierte Aussagen zur sozialen Lage 50- bis 65-Jähriger in Deutschland der Öffentlichkeit bereits vorgestellt. Die nachfolgende Studie ist eine ergänzende Darstellung der Sicht der Bürger ab 18. Lebensjahr zu spezifischen Aspekten des Alterns.

Die nachfolgenden Ausführungen beruhen auf der Aufbereitung eines speziellen Fragenkomplexes im Rahmen der seit 1990 jährlich auch im Auftrag der Volkssolidarität Bundesverband e.V. durchgeführten empirischen Erhebung „Leben in den neuen Bundesländern“.

<sup>1</sup> 6. Bericht zur Lage der älteren Generation in der Bundesrepublik Deutschland „Altersbilder in der Gesellschaft“ - Bericht der Sachverständigenkommission an das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Berlin, Juni 2010, Deutscher Bundestag, Drucksache 17/3815.

<sup>2</sup> Vgl. ebenda.

<sup>3</sup> Altenreport '90: Zur sozialen Lage von Altersrentnerinnen und Altersrentnern in der DDR, erstellt im Auftrag des Hauptvorstandes der Volkssolidarität e.V. vom Institut für Soziologie und Sozialpolitik der Akademie der Wissenschaften. Themenverantwortlicher: Dr. Klaus-Peter Schwitzer, veröffentlicht in: Blätter der Wohlfahrtspflege - Deutsche Zeitschrift für Sozialarbeit 10+11/1990.

<sup>4</sup> Vgl. hierzu: Altenreport 92 - Zur sozialen Lage und Lebensweise älterer Menschen in den neuen Bundesländern, Berlin 1993; Seniorenreport 94 - Daten und Fakten zur sozialen Lage älterer Bürger in den neuen Bundesländern, Berlin 1995; Sozialreport 50+ - Daten und Fakten zur sozialen Lage von Bürgern ab dem 50. Lebensjahr in den neuen Bundesländern, Berlin 1996; Sozialreport 50+ - Daten und Fakten zur sozialen Lage von Bürgern ab 50 Jahre in den neuen Bundesländern, Berlin 1998; Sozialreport 50+ - Daten und Fakten zur sozialen Lage von Bürgern ab 50 Jahre in den neuen Bundesländern, Berlin 2000; Sozialreport 50+ - Daten und Fakten zur sozialen Lage von Bürgern ab 50 Jahre in den neuen Bundesländern, Berlin 2002; Sozialreport 50+ - Daten und Fakten zur sozialen Lage 50- bis unter 65-Jähriger in den neuen Bundesländern, Berlin 2005; Sozialreport 50+ - Daten und Fakten zur sozialen Lage von Bürgern ab 50 Jahre in den neuen Bundesländern, Berlin 2007; Sozialreport 50+ - Daten und Fakten zur sozialen Lage von Bürgern ab 50 Jahre in den neuen Bundesländern, Berlin 2009.

<sup>5</sup> Vgl. hierzu: SFZ, Sozialreport 50+ 2011, herausgegeben vom Bundesverband der Volkssolidarität e.V., Berlin 2011.

2011 wurden insgesamt 2.212 Bürger ab 18. Lebensjahr befragt. Die Befragung erfolgte postalisch, nach einem der Bevölkerungsgröße entsprechenden Anteil in den einzelnen Bundesländern (Random-Route-Verfahren repräsentativ ausgewählter Land-/Stadtkreise). Verteilt wurden jeweils 10.000 Fragebogen in den neuen Bundesländern und Ostberlin sowie Nordrhein-Westfalen (NRW). Mit einem Rücklauf von 2.366 Fragebogen (11,8 %), von denen 2.212 Fragebogen als auswertbar in die Gesamtdatei eingingen (11,1 %), wurde ein erwartetes Ergebnis erzielt. Die Datei wurde sowohl für Ostdeutschland wie Nordrhein-Westfalen separat ausgewertet. Soweit nicht anders vermerkt, werden im nachfolgenden Material „neue Länder“ unter Einschluss von Berlin-Ost verstanden.

Mehrheitlich wurden die empirisch erhobenen Daten auf- bzw. abgerundet. Dadurch können Abweichungen in der Summenbildung (99/101) auftreten, welche als 100 zu werten sind.

Wenn im vorliegenden Material aus Gründen einer knappen Darstellung nicht immer im Text die männliche und weibliche Sprachform gewählt wurde, bitten die Autoren um Nachsicht und erklären, dass sie sich des Unterschiedes wohl bewusst sind.

Tabelle 1: Befragtenstruktur - nach Regionen - 2011 - in Prozent -

	<b>neue Länder (inkl. Berlin-Ost)</b>	<b>Nordrhein-Westfalen</b>	<b>Gesamtdatei</b>
<b>Gesamtprobanden</b>			
n =	1.384	827	<b>2.212</b>
%	100	100	<b>100</b>
<b>Geschlecht</b>			
weiblich	52	52	<b>53</b>
männlich	48	48	<b>47</b>
<b>Alter</b>			
18 bis 25 Jahre	10	10	<b>10</b>
25 bis 39 Jahre	22	22	<b>23</b>
40 bis 49 Jahre	18	17	<b>18</b>
50 bis 64 Jahre	26	26	<b>25</b>
65 Jahre und älter	25	24	<b>24</b>
<b>beruflicher Abschluss</b>			
ohne Abschluss	19	31	<b>28</b>
Facharbeiter	58	56	<b>54</b>
Fachschul-/Hochschulabschluss	23	13	<b>19</b>

Daten der Erhebung: sfz/leben 2011 (jew. gew.)

## 2. Älter werden - alt sein - die Positionen der Bürger

### 2.1 Die Erwartungen der Gesellschaft an „Ältere“ aus Sicht der Bürger

Mit dem 6. Altenbericht werden die in den letzten Jahren ins Zentrum der Diskussion gerückte „Altersbilder“ im Detail analysiert und untersetzt, die sich verallgemeinernd auf zwei Aussagen zusammenfassen lassen:

- eine stärkere selbst- und mitverantwortliche Lebensführung im Alter (aktives Altern) sowie
- eine zunehmend notwendige differenzierende Betrachtung des Alters und Alterns<sup>6</sup>.

Bereits 1990 wurde im Altenreport der VS diesbezüglich festgestellt:

- „Die Rentnerinnen und Rentner bilden keine homogene soziodemographische Gruppe, sondern sind sowohl durch gemeinsame als auch differenzierende Merkmale gekennzeichnet.“<sup>7</sup>
- „Im Hinblick auf das Altern der Bevölkerung ist es erforderlich, sich vom traditionellen Bild vom Leben im Alltag zu verabschieden und anzuerkennen, daß immer mehr ältere Bürger aktiv am gesellschaftlichen und kulturellen Leben der Gesellschaft teilnehmen, über ein ausreichendes Netz von sozialen Beziehungen und Kontakten verfügen, aber auch, daß künftig immer mehr Menschen ein höheres Lebensalter erreichen werden und - insbesondere in den letzten Lebensjahren - der Hilfe und Fürsorge durch Familienmitglieder, Nachbarn, Mitarbeiter des Gesundheits- und Sozialwesens sowie durch die öffentliche und freie Wohlfahrtspflege oder Selbsthilfegruppen bedürfen.“<sup>8</sup>

Inzwischen sind zwanzig Jahre vergangen, damalige „Botschaften“ fanden Verallgemeinerung. Trotzdem wird nach wie vor „alt zu werden“ in der Öffentlichkeit weniger als Ergebnis wissenschaftlich-technischen, medizinischen und sozialen Fortschritts bzw. veränderter und verbesserter Lebensverhältnisse empfunden, weniger als Gewinn an Lebensqualität, sondern immer noch zu oft als Last für die Gesellschaft, als Belastung für die Haushalte, als Belastung für die pflegenden Angehörigen usw.

„Altenlast“ ist ein offiziell gebrauchter Begriff in der Statistik, der indirekt davon ausgeht zu begründen, welche „Last“ die Erwerbsgeneration und die Gemeinschaft zu tragen hat. Was nützt sozialer und medizinischer Fortschritt, wenn er mit Begriffen wie „Überalterung“ verbunden wird (im Sinne von „zu viel“ wie bei Überangebot, überzogen, übermäßig).

Der Versuch, das Altenbild ins Positive zu wandeln - im Sinne von nicht nur länger leben, sondern zugleich länger aktiv zu sein - hat sich mehrheitlich noch nicht durchgesetzt. Nicht zuletzt deshalb, weil es für die nachrückenden Jahrgänge mehr mit „**länger leben - länger arbeiten**“ verbunden ist und mit Ängsten, gepflegt zu werden oder pflegen zu müssen.

#### *Annahmen über die Erwartungen der Gesellschaft ans Alter*

Die Auffassungen der Bürger reflektieren die Medienlandschaft - es wird - trotz des 6. Altenberichtes - weniger über Aktivitäten im Alter, über Aktivitätsfelder, über Möglichkeiten und Grenzen eines aktiven Alterns informiert als über Alterung und Pflege. Auch Sozialverbände und Vereine orientieren sich strategisch zum Teil mehr auf Pflege als auf Aktivitätsfelder - möglicherweise auch deshalb, weil Letzteres schwerer zu organisieren und weit weniger Gewinn bringend ist.

Entgegen allen offiziellen Erklärungen, dass Alter vor allem eine aktive Lebensphase ist, führt die sozialpolitische und mediale Diskussion weniger zur Verbreiterung der Auseinandersetzung um kommunale Rahmenbedingungen und individuelle Verhaltensweisen zur „aktiven“ Bewältigung des Rentenalters, sondern rückt drohende Pflegebedürftigkeit an die Spitze sozialer und individueller Ängste.<sup>9</sup>

<sup>6</sup> Vgl. 6. Bericht zur Lage der älteren Generation, a.a.O., S. 21.

<sup>7</sup> Vgl. Altenreport '90, ... a.a.O., Abschnitt 3.1.

<sup>8</sup> Vgl. Altenreport '90, ... a.a.O., Abschnitt 3.2.

<sup>9</sup> Vgl. Sozialreport 50+ 2011, Positionen und Fakten zur sozialen Lage von 50- bis unter 65-jährigen Bürgerinnen und Bürgern, erarbeitet vom Sozialwissenschaftlichen Forschungszentrum Berlin-Brandenburg e.V. im Auftrag der Volkssolidarität, Berlin 2011, Kurzfassung, S. 15/16.

63 % aller ab 18-Jährigen in den neuen Bundesländern und Berlin-Ost ebenso wie 67 % in NRW befürchten für das Alter vor allem, einmal pflegebedürftig zu werden. Es ist eine Furcht, die bei Altersgruppen und Generationen übergreifend inzwischen vorherrschend ist. „Pflegefall“ zu werden, gepflegt werden zu müssen bzw. pflegen zu müssen, stehen immer noch im Zentrum eines einseitigen Altenbildes vieler Menschen - relativ übereinstimmend, gleich welchen Alters oder sozialen Position. Dazu trägt ohne Zweifel die verbreitete Annahme, Pflegebedürftigkeit betreffe so gut wie alle älteren Menschen, maßgeblich bei.<sup>10</sup>

Auf die Frage: „Was erwartet Ihrer Meinung nach 'die Gesellschaft' heute von den Älteren vor allem?“, rangiert „folgerichtig“ an erster und deutlich vorderster Stelle „die eigene Vorsorge für eine mögliche Pflege“. 43 % der ab 18-jährigen Bürger der neuen Bundesländer sehen dies „vor allem“ als Erwartung der Gesellschaft an Ältere - in NRW sind gleichfalls 40 % dieser Meinung. Es sind rd. 80 % der Bürger, welche der Meinung sind, dass die Gesellschaft von älteren Bürgern „vor allem“/„auch“ erwartet, Vorsorge für mögliche Pflege zu treffen.

Tabelle 2.1: Was erwartet Ihrer Meinung nach die Gesellschaft heute von den Älteren? - 2011 - nach Altersgruppen und Regionen - in Prozent - (Antwort: „*eigene Vorsorge für mögliche Pflege*“)

	neue Länder und Berlin-Ost				Nordrhein-Westfalen			
	insgesamt	unter 50 Jahren	50 bis 65 Jahre	65 Jahre u. älter	insgesamt	unter 50 Jahren	50 bis 65 Jahre	65 Jahre u. älter
vor allem	43	40	51	41	40	42	38	37
auch	38	41	37	33	43	45	45	36
weniger	9	13	3	5	8	8	9	6
nein	3	4	2	2	2	2	1	2
ohne Antwort	7	2	7	19	8	3	7	20

Datenbasis: sfz/leben 2011 (gew.)

Die getroffenen Aussagen reflektieren offensichtlich:

- die allgemeine gesellschaftliche Debatte um „Alter = Pflege“ trotz aller gegenläufigen Diskussionen und Feststellungen - sowie die mediale Verbreitung des finanziellen und personellen „Notstandes“ in Bezug auf Pflege;
- die starke Orientierung auf private und individuelle finanzielle Vorsorge im Gesundheitsbereich allgemein und der Pflege im Besonderen, um einerseits gut versorgt zu werden und andererseits niemandem zur Last zu fallen.

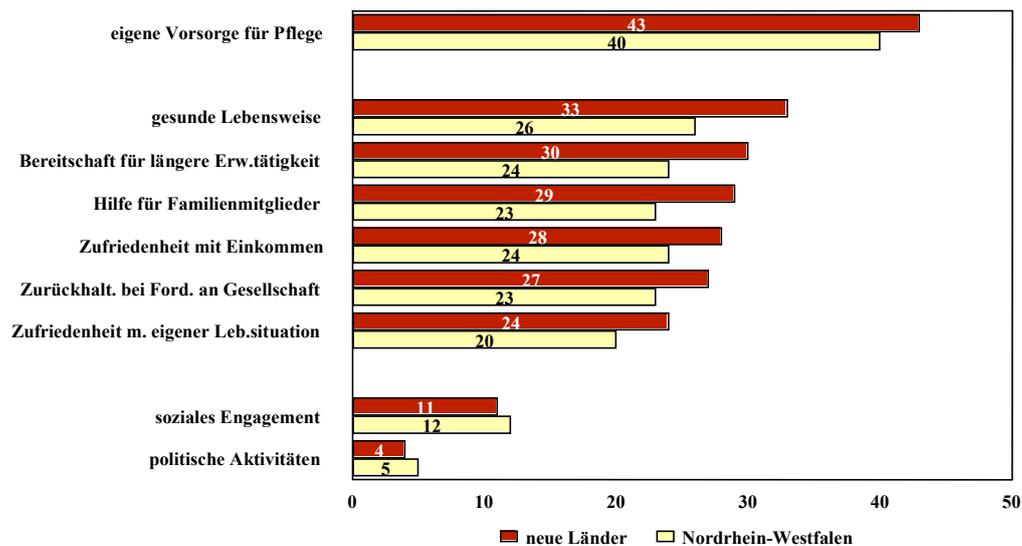
Dabei werden insgesamt die Bewertungen natürlich auch aus der Sicht der individuellen/familiären Lebenslage vorgenommen - untere Einkommen (individuelles Nettoeinkommen/Haushaltsnettoeinkommen/Äquivalenzeinkommen) gehen bis zu über 50 % davon aus, dass die Gesellschaft von Älteren „vor allem“ erwartet, eigene Vorsorge für die mögliche Pflege zu betreiben.

An **zweiter** Position rangiert eine Vielzahl von Verhaltenserwartungen/-anforderungen „der Gesellschaft“ an Ältere, welche mit 20 bis 30 % „vor allem“ zum Ausdruck gebracht werden (40 bis 50 % „auch“). Das betrifft:

- gesund zu leben,
- länger zu arbeiten,
- sich bei Forderungen an die Gesellschaft zurückzuhalten,
- zufrieden zu sein mit dem Alterseinkommen und dem Leben insgesamt,
- den Familienmitgliedern zu helfen.

<sup>10</sup> 6. Bericht zur Lage der älteren Generation, a.a.O., S. 185/186.

Abbildung 2.1: Was erwartet Ihrer Meinung nach die Gesellschaft heute von Älteren vor allem? - 2011 - nach Regionen - in Prozent - (nur Antwort: „vor allem“)



Datenbasis: sfz/leben 2011 (gew.)

Eine **dritte** Gruppe bilden - mit deutlichem Abstand zu den vorangegangenen Aussagen - die angenommenen Erwartungen der Gesellschaft an soziale und politische Aktivitäten/Engagement Älterer - mit einem geringen Anteil von Bürgern (5 bis 10 %), welche sich in dieser Richtung artikulieren. Die Ursache dafür mag sowohl darin begründet sein, dass Älteren - selbst in Sozial- und Wohlfahrtsverbänden - zum Teil von den Jüngeren die Fähigkeit auf „aktives Gestalten“ abgesprochen bzw. nur bedingt zuerkannt wird, aber auch, dass der Glaube an die gesellschaftliche Wirksamkeit bürgerschaftlichen Engagements als gering eingeschätzt wird.

#### Wie alt muss man sein, um alt zu sein?

Wie oft wird bei der Beurteilung von Teilnehmern an Gesprächsrunden festgestellt: „Der sah aber alt aus“, wie oft hat man es auch schon selbst gesagt, ohne sich dabei bewusst zu sein, dass damit nicht „alt und weise“, sondern „alt und unwissend“, „alt und unkonzentriert“, „alt und den Anforderungen nicht gewachsen“ miteinander verbunden werden. Es wird ein zum Teil über Jahrhunderte geprägtes defizitäres Altenbild immer noch gedankenlos übernommen.

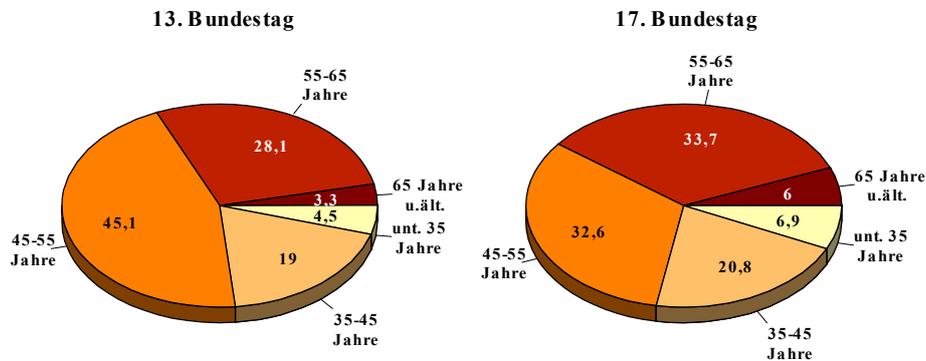
Wie alt darf man werden, damit die Gesellschaft nicht „überaltert“, und ab wann ist man „überaltert“? Dabei ist es für jeden Menschen - auch den 70- oder 80-Jährigen - immer ein erstrebenswertes Ziel, die verbleibenden Jahre ein menschenwürdiges Leben zu führen - nach Möglichkeit aktiv und gesund. Offensichtlich stehen individuelle Vorstellungen und anzutreffende „Leitbilder“ zum Alter nicht in völliger Übereinstimmung. „Alt wie ein Baum möchte ich werden“, heißt es in einem der bekanntesten Lieder der „Puhdys“. Was ist erstrebenswert - früh zu sterben oder alt zu werden? Die Mehrheit - nicht nur Älterer - wird Letzteres eindeutig mit ja beantworten.

Eine Landesregierung wie Berlin, an deren Spitze ein „Senat“ - d.h. ein „Rat der Älteren“ steht und in dem „Senatoren“ regieren, ist sicher - zumindest gegenwärtig - eher noch ein Relikt der Akzeptanz von Weisheit des Alters als von bewusster Orientierung auf Altersaktivität, -erfahrung und -wissen. Inzwischen kämpfen fast überall „junge“ Politiker gegen die „Alten“, wenn Ursachen für eine verfehlte Politik gesucht werden, findet man sie meistens im fehlenden Generationenwechsel in der Führung.

Bezogen auf Altersweisheit bietet auch die Politik wenig Beispiele: Im 2009 neu gewählten 17. Bundestag waren 37 Abgeordnete von 620 Abgeordneten älter als 65 Jahre, das waren 6 % der gewählten Abgeordneten. Der Anteil liegt damit deutlich unter den 32 % der ab 21-jährigen Bürger, welche das aktive Wahlalter für den Bundestag haben. Im Vergleich zum 13. Bundestag (1994 bis 1998) hat sich

die Zahl der älteren gewählten Abgeordneten fast verdoppelt - reflektiert aber den Anspruch auf längere Lebensarbeitszeit (bis 67 Jahre) und die „Vorbildwirkung“ keineswegs hinreichend.

Abbildung 2.2: Alterszusammensetzung des Deutschen Bundestages - 13. Bundestag (1994 bis 1998) und 17. Bundestag (seit 2009) - nach Altersgruppen - in Prozent -



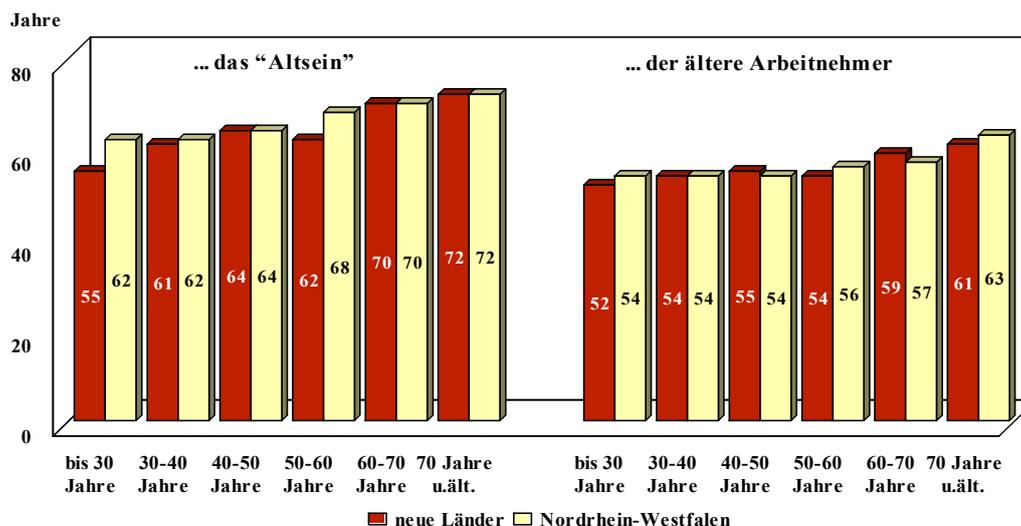
Quelle: www.bundestag.de - Abgeordnete

Viele Bürger, die über das 65. Lebensjahr hinaus noch tätig sind, werden mit dem Satz konfrontiert: „Du arbeitest ja immer noch!“ oder „Wann willst du denn aufhören?“ usw. Es reflektiert

- den mit dem „demografischen Wandel“ begründeten und - den daraus bereits abgeleiteten realen abnehmenden staatlichen Sicherungen - erhobenen indirekten und direkten Vorwurf gegenüber Älteren, den Jüngeren Arbeit wegzunehmen - dabei arbeiten in Deutschland rd. 700.000 Erwerbstätige über 65 Jahre (2009), das waren 1,7 % aller Erwerbstätigen und rd. 0,4 % der Bürger ab 15. Lebensjahr<sup>11</sup>;
- Nachfolgewirkung einer langjährigen Politik der möglichst zu erreichenden zeitigen Verrentung, die im Denken der Bürger zum Teil tief verwurzelt ist. Die inzwischen beklagte „Frühverrentungspraxis“ der früheren Bundesrepublik reflektierte die Haltung der Gesellschaft zu einem unterstellten „Nachlassen des Leistungsvermögens“ in besonderer Weise. Die in der Gegenwart geführten Diskussionen um die Heraufsetzung des Renteneintrittsalters resultieren nicht aus einem zunehmenden Verständnis über Leistungsfähigkeit im Alter, sondern reflektieren fast ausschließlich Überlegungen zur Senkung der Rentenausgaben. Der demografische Wandel - seit über 100 Jahren kontinuierlich vollzogen und absehbar - muss dafür als Begründung herhalten. Auch die Verrentung aller ab 55-Jährigen in den Jahren nach 1990 in den neuen Bundesländern war nicht der geringen Leistungsfähigkeit der Arbeitnehmer, sondern sowohl den Leistungsstrukturen der ost- wie westdeutschen Wirtschaft geschuldet;
- bei Familienmitgliedern mehrheitlich aber auch Sorge, dass ein generell unterstelltes abnehmendes körperliches Leistungsvermögen nicht mehr hinreichend zur Bewältigung der beruflichen Tätigkeit bzw. eines „normalen“ Lebensvollzugs vorhanden sei.

<sup>11</sup> Statistisches Bundesamt, Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Fachserie 1 Reihe 4.1.2, Tab. 1\_1, Wiesbaden 2011.

Abbildung 2.3: Wann beginnt bei Ihnen das Altsein bzw. der ältere Arbeitnehmer? - 2011  
- nach Altersgruppen der Befragten und Regionen - in Jahren -



Datenbasis: sfz/leben 2011 (gew.)

Die gegebenen Antworten verdeutlichen:

- Mit zunehmendem Alter wird „das Altsein“ weiter auf später verschoben - aus welchen Gründen auch immer - mehrheitlich, weil man sich „noch nicht so fühlt“. Diese zunächst positive Grundhaltung, welche sich (z.T. unbewusst) gegen alt sein und krank sein/gepflegt werden zu müssen, wendet, reflektiert letztlich - sowohl bei den Jüngeren als auch bei den Älteren - immer noch ein in der Gesellschaft verbreitetes inaktives Altersbild: man ist noch aktiv - also (noch) nicht alt. Analysen der Volkssolidarität belegen, dass die Frage nach einer Mitgliedschaft im Verband mit dem Argument „ich bin noch nicht alt genug“ sich allein zwischen 1999 und 2006 von 23 % der 60- bis 65-Jährigen und 7 % der über 65-Jährigen (1999) auf 41 % der 60- bis 65-Jährigen und 29 % der 65- bis 70-Jährigen verändert hat.<sup>12</sup>

Das Argument „ich bin noch nicht alt genug“ (z.B. für Mitgliedschaften in der VS) ist ohne Zweifel geprägt:

- durch das öffentliche Image eines Verbandes als Seniorenverband in Verbindung mit allgemeinen Altersbildern, welche Alter mit negativen Zusammenhängen in Verbindung bringen (betreuungsbedürftig, unterstützungsbedürftig, pflegebedürftig);
- von einem Mitgliederleben, das zu wenig auf notwendige Vielfalt unterschiedlicher Altersgruppen, sondern zu oft traditionellen Mustern Rechnung trägt;
- von Verhaltensweisen von haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeitern, welche z.T. auch Altersverband mit organisierter Betreuung verbinden - aber sich andererseits in einer Konzentration auf „Pflege“ mehr „Gewinn“ versprechen.

Es ist gesellschaftskonformes Verhalten, welches aktiv-organisiertes Verhalten nicht mit „alt“ in Verbindung zu bringen versteht.

- Hinsichtlich des „älteren Arbeitnehmers“ gibt es eine relativ einheitliche Position mit 54/55 Jahren, die weitgehend auf die bekannten Altersbegrenzungen auf dem Arbeitsmarkt und im öffentlichen Leben zurückzuführen ist.

Im Einzelnen ergeben sich für Ost wie West weitgehend übereinstimmende Positionen zur Begründung des Zeitpunktes fürs „Altsein“:

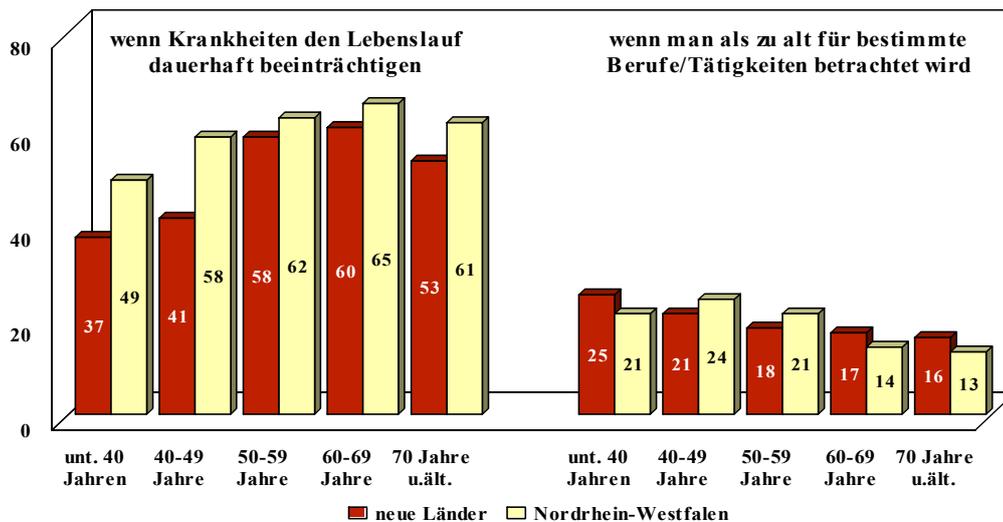
- An vorderster Stelle wird vor allem - mit deutlichem Abstand zu anderen „Beweggründen“ - der Bezug zwischen „Krankheit“ und „Altsein“ hervorgehoben. Generell wird dauerhaftes Kranksein im Westen (NRW) in wesentlich höherem Maße als Hauptkennzeichen für Altsein angesehen

<sup>12</sup> Vgl. Potenziale der Sozial- und Wohlfahrtsarbeit - Volkssolidarität Bundesverband e.V., Berlin 2006, S. 10.

(68 % in NRW/57 % im Osten). Es ist offen, ob die Ursachen dafür in der bereits seit vielen Jahrzehnten öffentlich geführten Diskussion in den alten Bundesländern liegen oder ob die Eigenbeurteilung im Osten selbstbewusster ist. Zumindest ist hervorzuheben, dass bei berufsverbundenen Zuordnungen die Übereinstimmung Ost-West generell höher ist als bei Krankheiten, Alltagstechnik, Aufstehen im öffentlichen Personen-Nahverkehr.

Dabei gibt es in Ost wie West eine deutliche Abhängigkeit vom Alter des Befragten - während Jüngere (unter 40 Jahren) aus den neuen Ländern zu 37 % Alter und dauerhaftes Auftreten von Krankheiten miteinander verbinden, sehen dies 49 % der 18- bis 40-Jährigen aus NRW als gegeben an.

Abbildung 2.4: **Ab wann beginnt für Sie das „Altsein“?** - 2011 - nach Alter und Regionen - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2011 (gew.)

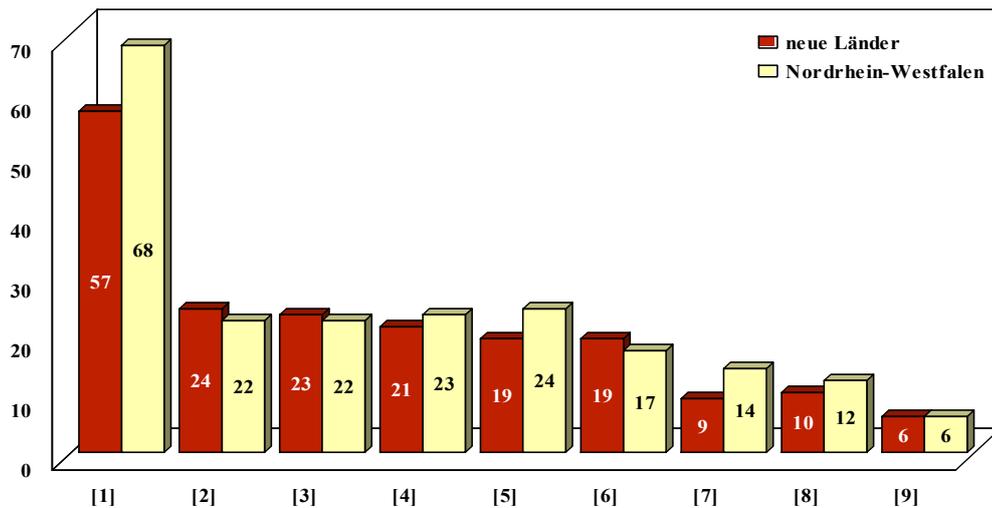
- Nach der eindeutigen und vorrangigen Zuordnung von Altsein an Krankheiten werden seitens der Befragten eine Vielzahl von Merkmalen angegeben, welche sich insgesamt jeweils in der Größenordnung zwischen 25 bis 15 % bewegen - also mit wesentlich geringerer Intensität dem Altsein zugeordnet werden, obwohl Mehrfachantworten möglich waren (vgl. Abbildung 2.5). Dazu gehören im Osten wie Westen sowohl Zuordnungskriterien, welche vor allem an berufliche Tätigkeit gebunden werden, ebenso wie Verhaltensmerkmale (individuelles/soziales Umfeld):

- man wird als zu alt für bestimmte Berufe/Tätigkeiten betrachtet (24 % Ost bzw. 22 % NRW),
- bei altersbedingtem Ausstieg aus dem Berufsleben (21 %/23 %),
- bei Erreichen des gesetzlichen Rentenalters (19 %/17 %),
- kein Zurechtkommen mit der Alltagstechnik (19 %/ 24 %),
- wenn das Umfeld einem das Alter anmerken lässt (23 %/22 %).

Dabei werden die erwerbsgebundenen Zuordnungen eher von Jüngeren als Kriterium herangezogen, die Verhaltenskriterien eher von den im Rentenalter Stehenden bzw. Vorrentnern.

- Unterschiedliche Bewertungen erfolgen zwischen Ost und West seitens der Frauen bzw. Männer hinsichtlich des Stellenwertes von Krankheiten (im Osten mehr Frauen, in NRW mehr Männer) sowie des Stellenwertes der Alltagstechnik analog.
- Personenbezogene, individuelle Kriterien wie „Aufstehen in öffentlichen Verkehrsmitteln“ und „Enkel erziehen“ sind vor allem Zuordnungskriterien Jüngerer, „keinen Sex mehr zu haben“ wird insbesondere bei über 70-jährigen Männern als Kriterium für „Altsein“ herangezogen (13 % Ost/16 % West).

Abbildung 2.5: **Ab wann beginnt bei Ihnen das „Altsein“?** - 2011 - nach Regionen - in Prozent  
 - bezogen auf Befragte mit gegebenen Antworten insgesamt -



[1] wenn Krankheiten d. Lebensverlauf dauerhaft beeinträchtigen  
 [2] wenn man als zu alt für bestimmte Berufe betrachtet wird  
 [3] wenn das Umfeld einen das Alter anmerken lässt  
 [4] mit dem altersbedingten Ausstieg aus dem Berufsleben  
 [5] wenn man mit neuer Alltagstechnik nicht mehr klar kommt  
 [6] mit dem Erreichen des gesetzlichen Rentenalters  
 [7] wenn in öff. Verkehrsmitteln Jüngere für mich aufstehen  
 [8] wenn es keinen Sex mehr gibt  
 [9] wenn mein erstes Enkelkind geboren wird

Datenbasis: sfz/leben 2011 (gew.)

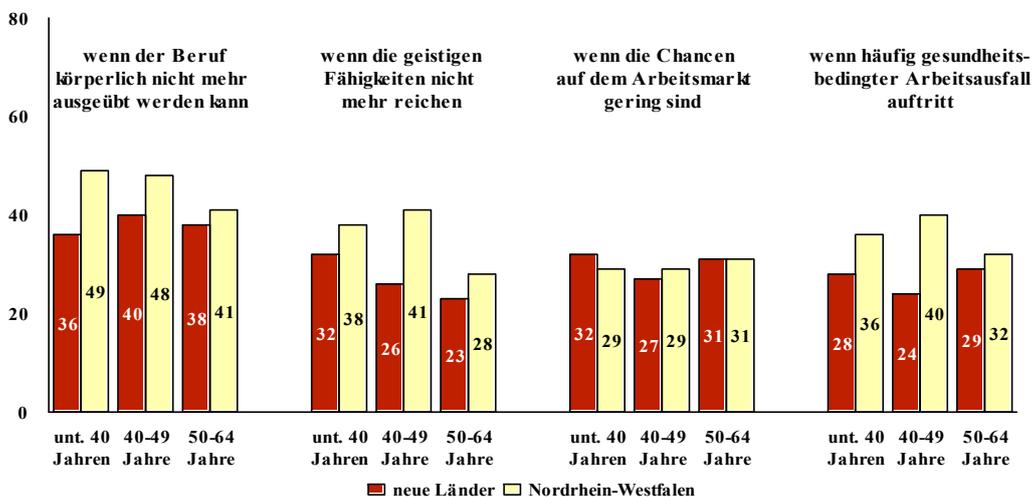
Hinsichtlich der Kriterien für den „älteren Arbeitnehmer“ zeichnet sich ein wesentlich einheitlicheres Bild ab, da sich die Kriterien vorrangig um tätigkeitsabhängige, an die körperliche und geistige Verfassung und damit verbundene Arbeitsmarktsituation gruppieren. Insbesondere in NRW wird der individuellen Verfasstheit ein höheres Gewicht beigemessen als in den neuen Bundesländern, wo die Situation auf dem Arbeitsmarkt - nach der körperlichen Situation - an zweiter Stelle rangiert.

Ältere Arbeitnehmer beginnen bei den unter 65-Jährigen (Mehrfachantworten möglich):

- wenn der Beruf körperlich nicht mehr ausgeübt werden kann (Ost 38 %/NRW 46 %),
- wenn die Chancen auf dem Arbeitsmarkt nur noch sehr gering sind (30 %/30 %),
- wenn immer häufiger gesundheitsbedingte Arbeitsunfähigkeit auftritt (28 %/35 %),
- wenn die geistigen Fähigkeiten nicht mehr reichen (28 %/35 %).

Als ältere Arbeitnehmer sehen 18 % im Osten und 16 % im NRW jene Bürger, welche noch über das 65. Lebensjahr hinaus arbeiten.

Abbildung 2.6: **Ab wann beginnt für Sie der „ältere Arbeitnehmer“?** - 2011  
 - nach Alter und Regionen - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2011 (gew.)

## 2.2 Generationenvertrag - das Zusammenwirken der Generationen

Wer in den letzten Jahren die Medienwelt verfolgte, konnte - zeitlich unterschiedlich intensiv - zur Kenntnis nehmen, dass der Generationenvertrag „in Gefahr“ sei, dass die jüngeren Generationen nicht mehr in der Lage seien, den „Schuldenberg“ ihrer Großeltern abzutragen usw. usf. Für viele Menschen stellt sich die Frage, ob die Alten leichtsinnig Schulden machten, ob sie auf zu großem Fuß gelebt haben bzw. leben oder ob sie für etwas haften sollen, was sie nicht zu verantworten haben.

Es ist zunächst festzustellen, dass der Begriff Generationenvertrag - im wörtlichen Sinne - irreführend ist, da es einen solchen Vertrag weder schriftlich gibt, noch Vertragspartner bekannt wären, die ihn schließen könnten/müssten. Einen „einklagbaren“ Vertrag hat es nie gegeben und wird es nicht geben.<sup>13</sup>

Im neuen Bertelsmann-Lexikon heißt es - übereinstimmend mit der Mehrheit von Interpretationen: „Generationenvertrag - Schlagwort, das das für eine kollektive Rentenversicherung unumgängliche Umlageverfahren zu einem Vertrag zwischen den Generationen umdeutet, nach dem die jeweils erwerbstätige Generation über die von ihr aufzubringenden Rentenversicherungsbeiträge für die Alterssicherung der nicht mehr erwerbstätigen Generation aufkommt“<sup>14</sup>.

Der Begriff Generationenvertrag wird damit mehrheitlich nur auf das „Umlageverfahren“ in der Rentenversicherung bezogen, das jedoch nie alle den jeweiligen Generationen zuzurechnenden Bürger erfasst, sondern nur diejenigen, welche über die „Pflichtversicherung“ der GRV einbezogen sind. Das heißt, es ist eigentlich eine interne Angelegenheit der Arbeitnehmer. Aber haben nur sie die Schulden zu verantworten?

Wenn - wie gesagt - auch niemand je einen Generationenvertrag in Deutschland zu Papier gebracht oder gesehen hat, so besteht zumindest eine übereinstimmende Meinung darüber, dass es - sowohl in der Familie als auch in der Gesellschaft - der gegenseitigen Hilfe und Unterstützung bedarf, um das Zusammenleben aller Generationen zum bestmöglichen Nutzen für alle zu organisieren. Dieses Zusammenwirken - im Sinne moralischer Vereinbarung - könnte, im weitesten Sinne, als Generationenvertrag gekennzeichnet werden. Die öffentliche Diskussion wird jedoch - siehe oben - fast ausschließlich auf das reduziert, worum es der Politik wirklich geht, auf die Finanzierbarkeit der gesetzlichen Rentenversicherung. In diesem begrenzten Sinne wäre/ist er kein Generationenvertrag, sondern ein Leistungsvertrag der „jüngeren Arbeitnehmer“ gegenüber den „älteren ehemaligen Arbeitnehmern“ - es wäre ein Solidarvertrag der Arbeitnehmer zur Alterssicherung. In der offiziellen Umdeutung wird es jedoch zu einem völlig einseitigen Vertrag, in dem die einen das zahlen, was die anderen verbrauchen. Mit einer solchen Diskussionsgrundlage geht es nicht um das Vertrauen, das jede Generation in die andere setzt, nicht um die gemeinsame Verantwortung, sondern um punktuelle Aufrechnung von Euro und Cent für Lebensleistung.

Alt-Kanzler Schröder forderte auf dem Bundeskongress der Arbeitsgemeinschaft 60plus der SPD einen neuen Generationenvertrag. Man müsse ihn auf „neue Grundlagen“ stellen.<sup>15</sup> Der damalige Bundespräsident R. Herzog fragte sich beim Anblick spielender Kinder in Dresden aus Anlass des „Seniorentages 1997“, „ob diese Kinder genauso glücklich wären, wenn sie wüssten, was auf sie zukommt und was sie alles einmal für uns bezahlen müssen“<sup>16</sup>.

Generationenbeziehungen sind jedoch nicht einseitig auf monetäre Beziehungen (Finanztransfers) in der Gesellschaft reduzierbar, sondern schließen die Vermittlung von Werten, Wissen und Erfahrungen ebenso ein wie innerfamiliäre Leistungen, finanzielle Leistungen und Hilfen, die in weitaus höherem Maße von Älteren zu Jüngeren laufen als umgekehrt. Das Miteinander der Generationen erfasst eine breite Palette von gegenseitigen Beziehungen und Leistungen. Die politisch gewollte einseitige Sicht

---

<sup>13</sup> Vgl. Winkler, Gunnar: Die Region der neuen Alten - Fakten und Positionen zur sozialen Situation älterer Bürger in den neuen Bundesländern 1990 bis 2005, trafo verlag, Berlin 2006, S. 395-433.

<sup>14</sup> Stichwort Generationenvertrag, Das neue Bertelsmann Lexikon, Gütersloh 2002, Bd. 8, S. 84.

<sup>15</sup> Vgl. Schröder, G.: Rede auf dem Bundeskongress der AG 60plus der SPD, 4.3.2003.

<sup>16</sup> Vgl. Herzog, R.: Rede auf dem Deutschen Seniorentag, Juni 1997, Dresden.

auf die Generationenbeziehungen reflektiert ein ausschließlich marktwirtschaftliches Kosten-Nutzen-Denken und schließt systematische Entsolidarisierung der Generationen ein.

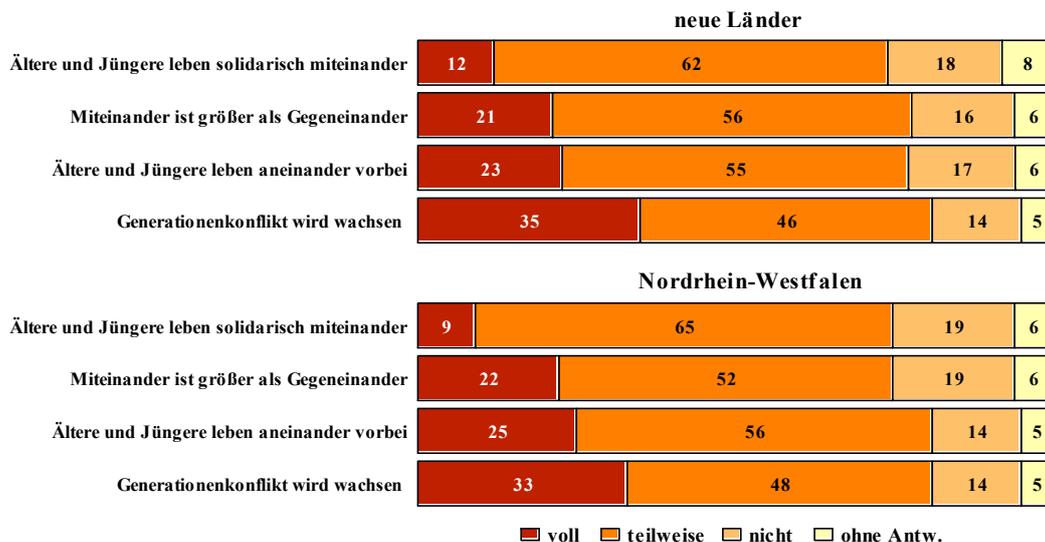
Wenn es um die Beziehungen der Generationen geht, handelt es sich jedoch um mehr, letztlich um Aufgaben-, Verantwortungs- und „Lasten“aufteilung und nicht allein um Finanzströme oder Erbe und Vermögen.

Im 6. Altenbericht wird zu Recht die Forderung nach einer „Neukonzeption des gesellschaftlichen Generationenvertrags“<sup>17</sup> aus der Enge der GRV-Rente hervorgehoben und wieder mehr bei den innerfamiliären Generationsbeziehungen angebunden, ebenso wie durch das Solidarverhalten in der Rentenversicherung<sup>18</sup> - wenn es nicht auf die Arbeitnehmer begrenzt bliebe.

Mit der Art und Weise der bislang vorherrschenden Diskussion um den Generationenvertrag wird die eigentliche politische Zielstellung (Umverteilung) auf die Beziehung zwischen Generationen verschoben. Es werden angestrebte Veränderungen ökonomischer Strukturen mit „Generationenbeziehungen“ überdeckt, d.h. in die Verantwortung von Eltern für Kinder, von Großeltern für die nachrückenden Generationen usw. abdelegiert. Aus etwas Gesellschaftlichem wird „Familiäres“, dem Einzelnen eher Vertrautes. Die Beziehung: Staat - Wirtschaft - Bürger/Familie wird ersetzt durch Kindergeneration - Elterngeneration - Großelterngeneration usw.

Die Generationenbeziehungen wurden/werden auch nicht durch die demografische Entwicklung aufgekündigt<sup>19</sup>, sondern durch eine Wirtschafts- und Sozialpolitik, die weder hinreichend Arbeitsplätze noch generationengerechte Verteilungsstrukturen, noch ein kinder- und seniorenfreundliches Klima sichern konnte.

Abbildung 2.7: Welcher Aussage hinsichtlich des Verhältnisses der Generationen stimmen Sie zu? - 2011 - nach Regionen - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2011 (gew.)

Die 2011 getroffenen Aussagen zur Charakterisierung der Beziehungen zwischen den Generationen lassen erkennen:

- dass Ältere und Jüngere solidarisch miteinander leben, wird nur von 12 % der ab 18-jährigen Bevölkerung in den neuen Bundesländern und von 9 % in NRW voll zugestimmt - 62 bzw. 65 % teilweise (d.h. zusammen 74 % in Ost wie West). Der stabile Zusammenhalt der Generationen wird mehrheitlich nicht oder besser nicht mehr gesehen. Wenn auch nur 18%/19 % es verneinen, dass es ein solidarisches Miteinander gibt, so treffen insbesondere Arbeitslose eine solidarisches

<sup>17</sup> 6. Bericht zur Lage der älteren Generation, a.a.O., S. 67.

<sup>18</sup> Ebenda.

<sup>19</sup> Landsberg, G.: Alter - Der Generationenvertrag ist aufgekündigt, in: Ende der Solidarität? Die Zukunft des Sozialstaates (Hrsg.: K. Deufel/M. Wolf), Herder Verlag, Freiburg 2003, S. 40.

Verhalten zustimmende/unterstützende Aussage ebenso wie Alleinerziehende - offensichtlich sind die Erfahrungen speziell dieser sozialen Gruppen hinsichtlich solidarischem Verhalten der Generationen noch gegeben.

- Dass die Generationen eher miteinander als gegeneinander leben, wird von 20 bis 25 % der Bürger zugestimmt ebenso wie gleichviel eher ein Nebeneinander der Generationen sehen.
- Relativ übereinstimmend gehen rd. ein Drittel in Ost wie West von einer Zunahme des Generationenkonfliktes aus und die Hälfte von einer teilweisen Zunahme. Dabei sind es insbesondere (in Ost wie West) Männer, Hochschulabsolventen sowie Selbstständige/Freischaffende, welche von einem zunehmenden Konflikt ausgehen.

Da die Aussagen sich erfahrungsgemäß nicht auf die innerfamiliären Beziehungen gründen, sondern auf das gefühlte/angenommene Zusammenleben in der Gesellschaft, reflektieren die vorgenommenen Bewertungen offensichtlich vor allem das von Medien und Politik verbreitete Bild, welches den gesellschaftlichen „Verteilungskonflikt“ ins Zentrum rückt.

- Generell stimmen Jüngere eher einem zunehmenden Konflikt zu. Insbesondere im Osten - offensichtlich vor dem Hintergrund größerer sozialer und wirtschaftlicher Benachteiligung - stimmen 52 % der unter 25-Jährigen einer Konfliktzunahme voll zu.

Tabelle 2.2: Der Meinung, dass **die Konflikte zwischen Älteren und Jüngeren zunehmen**, stimme ich ... - 2011 - nach Altersgruppen und Regionen - in Prozent -

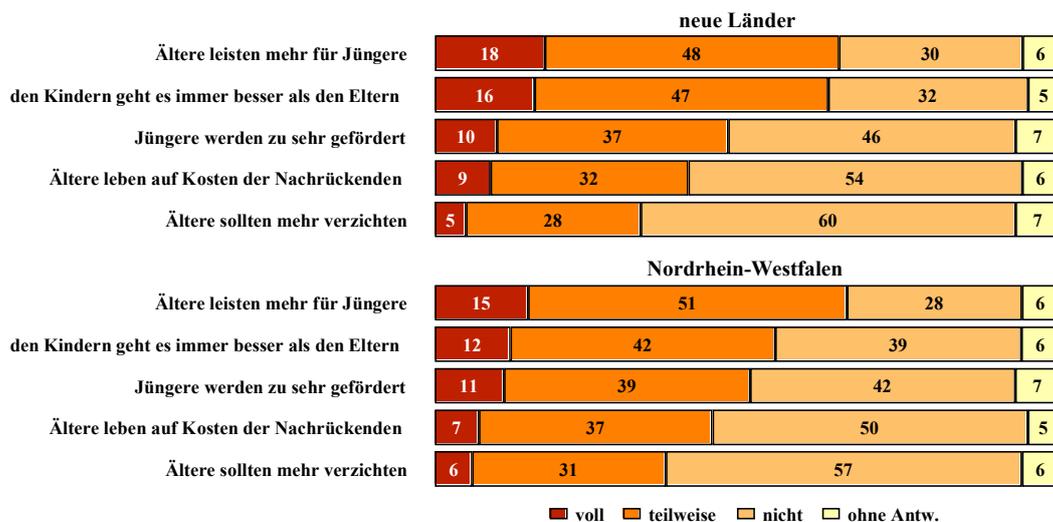
	neue Länder und Berlin-Ost				Nordrhein-Westfalen			
	insgesamt	unter 50 Jahren	50 bis 65 Jahre	65 Jahre u. älter	insgesamt	unter 50 Jahren	50 bis 65 Jahre	65 Jahre u. älter
voll zu	35	41	30	26	33	36	34	26
teilweise zu	47	43	54	45	48	46	51	49
nicht zu	14	14	13	15	14	16	12	13
ohne Antwort	5	1	2	14	5	2	3	13

Datenbasis: sfz/leben 2011 (gew.)

Natürlich gibt es in jeder Familie und in jedem Staatswesen ein Zusammenwirken der Generationen im Interesse aller Generationen. Natürlich gibt es finanzielle Beziehungen (die nicht immer nur Belastungen sind) zwischen einzelnen Generationen - sprich: Urgroßeltern, Großeltern, Eltern, Kinder, Enkel, Urenkel.

Eltern tragen einen enormen finanziellen (und auch zeitlichen, physischen und psychischen) Aufwand, tragen die Kosten für ihre Kinder, für deren Ernährung und Kleidung, für das Wohnen, für Pflege und Erziehung, Bildung und Ausbildung. Eltern leisten diese Aufwendungen, damit sich ihre Kinder geborgen fühlen und entsprechende Startchancen beim Eintritt ins „Erwachsenen-“ oder „Erwerbsleben“ haben. Entsprechend den über Jahrhunderte geprägten Wertvorstellungen „zahlen“ die Kinder es ihren Eltern im Alter zurück, nicht aufgerechnet in Heller und Pfennig, sondern aus der Verantwortung heraus, die sie ihren Eltern gegenüber empfinden. Dabei waren und sind die Möglichkeiten des Einzelnen durchaus unterschiedlich, je nach eigenem Einkommen und Vermögen, je nach Größe der Familie usw. In der Gesellschaft gleichen sich viele soziale Ungleichheiten innerhalb einzelner Familien aus. Es wird durchaus familiär-solidarisch miteinander umgegangen.

Abbildung 2.8: Welcher Aussage hinsichtlich des Verhältnisses der Generationen stimmen Sie zu? - 2011 - nach Regionen - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2011 (gew.)

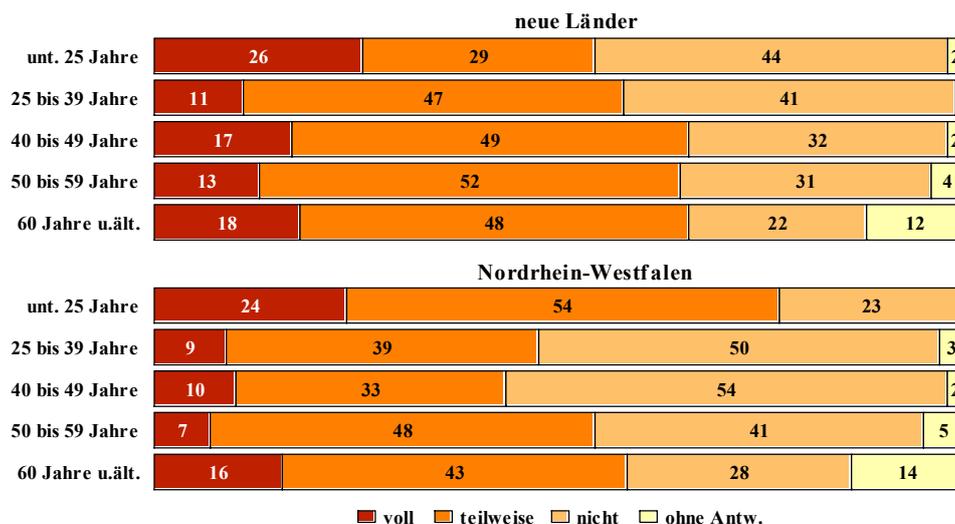
Die Abbildung 2.8 verdeutlicht, dass im Gegensatz zu den „allgemeinen Beziehungen“ der Generationen (vgl. Abbildung 2.7), die spezifischen - eher finanziellen/materiellen - Beziehungen in der Gesellschaft in wesentlich höherem Maße von weniger positiven Positionen geprägt sind:

- In Ost wie West gibt es eine vorrangig positive Unterstützung der Auffassung, dass Ältere mehr für Jüngere leisten als umgekehrt (66 % in Ost wie NRW geben dazu eine volle bzw. teilweise Zustimmung).
- 63 % in den neuen Ländern bzw. 54 % in NRW gehen davon aus, dass es den jeweils nachrückenden Generationen immer besser geht als ihren Eltern/Großeltern.
- Insgesamt ist aber auch rd. die Hälfte der Bürger der Meinung (Ost 47 %/NRW 50 %), dass die Jüngeren auf Kosten der Älteren gefördert werden.
- Gleichzeitig gehen 41 % im Osten und 44 % in NRW davon aus, dass die Älteren auf Kosten der nachrückenden Generationen leben.
- Ein relativ geringer, aber keineswegs unbedeutender Teil der Bürger stimmt voll bzw. teilweise zu, dass ältere Bürger zugunsten der nachrückenden Generationen verzichten sollten.

Insgesamt eine relativ uneinheitliche Gesamtsicht zu den finanziellen Verteilungsstrukturen zwischen den Generationen. Allerdings darf dabei nicht übersehen werden, dass gerade diese Aussagen in hohem Maße sich zwischen Jüngeren und Älteren unterscheiden. Die stete mediale Beeinflussung trägt ihre Früchte, da weniger über die Entwicklung der Brutto- und Nettoanlagevermögen und des Kapitalstockes oder die zunehmende Vermögensanhäufung bei denen, die sich im oberen Zehntel der Besitzenden befinden, berichtet wird. Auch die zunehmende Staatsverschuldung ist nicht allein und in den letzten Jahren schon gar nicht vorrangig steigenden Sozialausgaben geschuldet.

Zunächst muss nicht extra hervorgehoben werden, dass es normal ist (von Kriegs- und Nachkriegsperioden oder gesellschaftlichen und Naturkatastrophen abgesehen), dass es den nachfolgenden Generationen immer besser geht als den jeweiligen Elterngenerationen. Eltern leben immer für ihre Kinder und sehen es als ein Lebensziel an, dass es ihren Kindern besser geht/besser gehen soll als ihnen selbst. Die sog. Neidkomponente ist gegenüber den nachrückenden Generationen - bezogen auf die eigenen Kinder - nur ganz selten ausgeprägt. Umgekehrt hört man auch selten jemanden sagen: Meinen Eltern/Großeltern geht es zu gut, aber gleichzeitig ist zu hören: „Den Alten“ geht es viel zu gut. Aber „die Alten“ sind irgendetwas immer auch die eigenen Eltern/Großeltern.

Abbildung 2.9: Der Aussage „den jeweils nachfolgenden Generationen geht es immer besser“ stimme ich ... zu. - 2011 - nach Altersgruppen und Regionen - in Prozent -



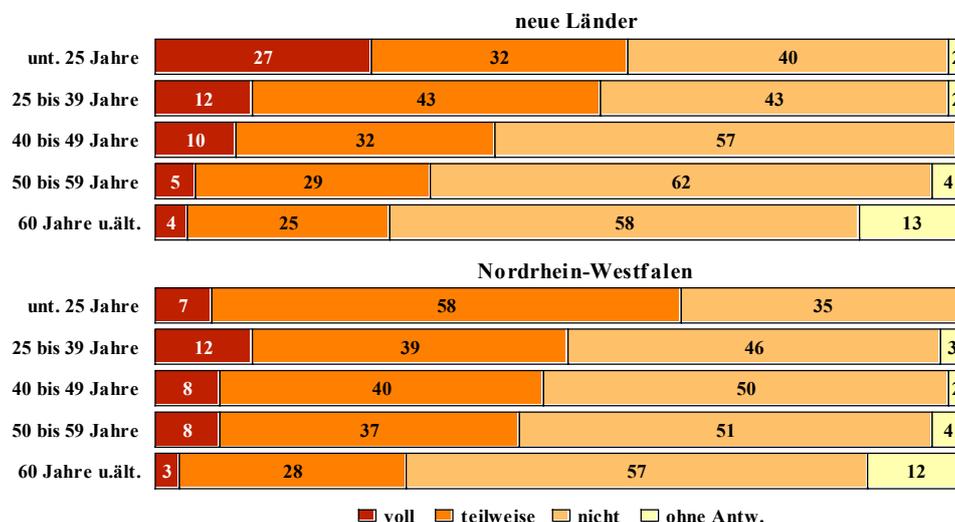
Datenbasis: sfz/leben 2011 (gew.)

Die altersabhängige Analyse zeigt, dass die Aussage „den jeweils nachfolgenden Generationen geht es immer besser als den Eltern/Großeltern“ in Ost wie West eine hohe Zustimmung findet - insbesondere bei Jüngeren in NRW. Das ist durchaus positiv zu werten, da Jüngere, welche diese Aussage treffen, weniger als andere die Auffassung vertreten, dass Ältere auf Kosten Jüngerer leben bzw. die Forderungen auf Verzicht Älterer zugunsten Jüngerer unterstützen.

Im Gegensatz zur o.g. Frage, welche aus Sicht des Befragten nicht zwingend eine zustimmende oder kritische Position erfordert, sind die nachfolgenden Aussagen mit eindeutigen Wertungen verbunden:

- 59 % der unter 25-Jährigen in den neuen Bundesländern und Berlin-Ost ebenso wie 65 % in NRW stellen fest (zumindest teilweise), dass Ältere auf Kosten der Jüngerer leben. Das sind in dieser Altersgruppe sogar 27 % im Osten, welche dem voll zustimmen (NRW nur 7 %). Dabei mag eine Rolle spielen, dass in den neuen Bundesländern sowohl der Arbeitsmarkt als auch die Einkommenspositionen zwischen Jung und Alt ungünstiger gestaltet sind als z.B. in NRW.
- Altersabhängig sinkt der Anteil jener, welche der o.g. Aussage ihre Zustimmung geben, auf rd. 30 % in Ost wie West. Gegen diese Aussage wenden sich in Ost wie West vor allem Bezieher niedriger Einkommen (hoher Anteil älterer Bürger) sowie Alleinerziehende.

Abbildung 2.10: Der Aussage „Ältere leben auf Kosten der Jüngerer“ stimme ich ... zu. - 2011 - nach Altersgruppen und Regionen - in Prozent -



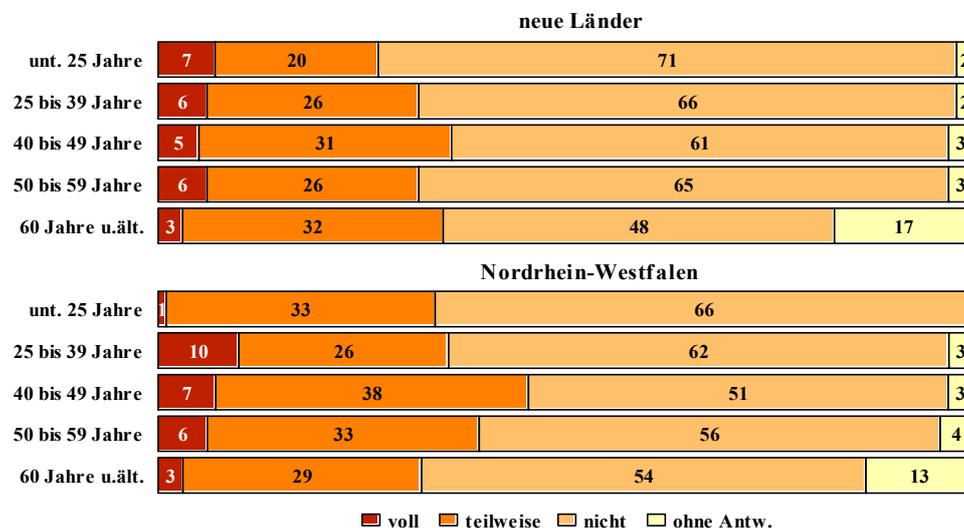
Datenbasis: sfz/leben 2011 (gew.)

Die Forderung auf Verzicht Älterer zugunsten Jüngerer wird - wie bereits festgestellt - von rd. zwei Dritteln der Bürger nicht mitgetragen und findet nur bei unter 10 % der Bürger aller Jahrgänge volle Unterstützung. Hervorhebenswert ist, dass

- am wenigsten die Jungen die genannte Forderung unterstützen, sondern sich eher dagegen aussprechen (71 % in den neuen Ländern);
- es eher die mittleren Jahrgänge sind, bei welchen Verzichtsforderungen an Ältere noch volles bzw. vor allem teilweises Gehör finden;
- Ältere in Ost wie West eine hohe Quote von nicht gegebenen Antworten ausweisen, was eher Verunsicherungen zum Ausdruck bringt bzw. Unentschlossenheit.

Insgesamt geben vor allem Selbstständige und Bezieher mittlerer individueller und Haushaltsnettoeinkommen der Forderung ihre Zustimmung.

Abbildung 2.11: Der Aussage „Ältere sollten zugunsten der nachfolgenden Generationen eher verzichten“ stimme ich ... zu. - 2011 - nach Altersgruppen und Regionen - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2011 (gew.)

Die Debatten um den Generationenvertrag sind auch Folge verbreiteter Illusionen in der Vergangenheit. Diskussionen um den „Freizeitpark Deutschland“, um das „Recht auf Faulheit“, um den vorzeitigen „Ruhestand“ erweisen sich inzwischen als kontraproduktiv. Sie malten eine Wohlstandsentwicklung, die nicht für Mehrheiten realisierbar war und auch nicht sein wird. Inzwischen wird weniger über das geschaffene und vorhandene Volksvermögen, sondern über damit angehäufte Schulden und den „asozialen Verbrauch/Missbrauch“ des von den Arbeitenden geschaffenen Wohlstands und über die Notwendigkeit, länger zu arbeiten, gesprochen.

Das hat seine Ursachen u.a. darin, dass die Diskussionen um das Zusammenwirken der Generationen insbesondere seitens der Politik zu kurzfristig angelegt sind, sie suchen nicht nach langfristigen Lösungen, sondern folgen dem kurzfristigen Wahlrhythmus und suchen nach „Einsparpotenzialen“. Es ist zugleich eine verdeckte Umverteilungsdebatte von den abhängig Beschäftigten zu den Unternehmen. Die von den Älteren aufgebauten sozialen Sicherungssysteme werden „entsolidarisiert“, sie werden des Sozialen entkleidet. Es wird zunehmend eine neo-liberale Marktwirtschaft „pur“, in deren Zentrum die Privatisierung des Sozialen steht.

Wie auch immer der Generationenvertrag im Einzelnen interpretiert wird, er bleibt Teil des umfassenderen Solidarvertrages, der auf gegenseitige Hilfe und Unterstützung der Gesunden gegenüber den Kranken, der Arbeitenden gegenüber den Arbeitslosen und gegenüber den Noch-nicht-Arbeitenden sowie den Nicht-mehr-Arbeitenden gerichtet ist ebenso wie der familiären Hilfe und Unterstützung der Eltern-/Großelterngenerationen gegenüber den Kindern und der Jüngeren gegenüber den Älteren.

### 2.3 Vorstellungen der Bürger über Altern und Altsein

Das Bild, welches der einzelne Bürger - bezogen auf seine eigene Entwicklung - vom Alter und Altern hat, wird in den alten wie den neuen Bundesländern sowohl zum Teil von traditionellen als auch neuere Entwicklungen reflektierenden Strukturen geprägt - wenn auch bei Letzteren mit abnehmender Tendenz der Nachwirkungen der DDR-Zeit.

Trotz der verschiedenen/unterschiedlichen individuellen Vorstellungen und Überzeugungen<sup>20</sup>, welche der/die Einzelne(n) vom Altern und Altsein hat/haben, ist bei den Befragten (ab 18. Lebensjahr) insgesamt zunächst eine relativ hohe übereinstimmende Grundstruktur der getroffenen Aussagen zwischen den Bürgern der neuen Bundesländer (inkl. Berlin-Ost) und der Vergleichsregion-West (Nordrhein-Westfalen) festzustellen. Dabei werden unterschiedliche Vorstellungsmuster - auch im Ergebnis eines sich immer mehr ausdifferenzierenden Alters - ebenso deutlich wie die vorhandene Unsicherheit/Unwissenheit über das Leben im Alter aufgrund zunehmender prekärer ökonomischer, sozialer und kultureller Lebenslagen im Lebensverlauf<sup>21</sup> [was nicht zuletzt der hohe Anteil von getroffenen Aussagen mit „teilweise“ belegen kann - man nimmt an, man weiß es aber nicht genau, bzw. man weiß, dass es Entwicklungen gibt, welche das Altern betreffen, weiß aber (noch) nicht, ob es auf die eigene Entwicklung Einfluss hat].

Getroffene Aussagen über Vorstellungen und Überzeugungen lassen zugleich Rangfolgen/Wertigkeiten erkennen (vgl. Abbildung 2.12). Insgesamt ist hervorzuheben:<sup>22</sup>

- An erster Stelle rangieren diejenigen, welche ihren eigenen Lebensabend vor allem als aktive Phase sehen, ihn nach ihren Vorstellungen und Wünschen selbstständig gestalten wollen und dazu ein hohes Maß an Selbstentscheidung (z.B. durch Zeitsouveränität) benötigen (58 % in Ost wie West). Es ist nicht zu übersehen, dass sich für viele mit „alt sein“/„alt werden“ die Möglichkeit verbindet, sich die mehr zur Verfügung stehende Zeit so einteilen zu können, wie man es selbst möchte, da „äußere“ Zwänge entfallen. Das betrifft zeitlich gesetzte Rahmen, wie sie mit einer - wenn auch gewünschten und gewollten - Erwerbsarbeit verbunden sind, welche entfallen ebenso wie auch zu beachtende familiäre Verpflichtungen, die einen zwingenden Zeitablauf (z.B. für Kinder/Jugendliche) erfordern.

Tabelle 2.3: Sagen Sie uns bitte, ob sie der Aussage „**im Alter kann man sich seine Zeit so einteilen wie man es selber möchte**“ zustimmen oder nicht! - 2011  
- nach Altersgruppen und Regionen - in Prozent -

Dieser Auffassung stimme ich ...	neue Länder und Berlin-Ost				Nordrhein-Westfalen			
	insgesamt	unter 50 Jahren	50 bis 65 Jahre	65 Jahre u. älter	insgesamt	unter 50 Jahren	50 bis 65 Jahre	65 Jahre u. älter
voll zu	58	55	60	60	58	60	55	57
teilweise	35	39	34	29	34	33	37	33
nicht zu	4	5	3	2	5	6	3	3
ohne Antwort	4	1	3	9	4	2	5	7

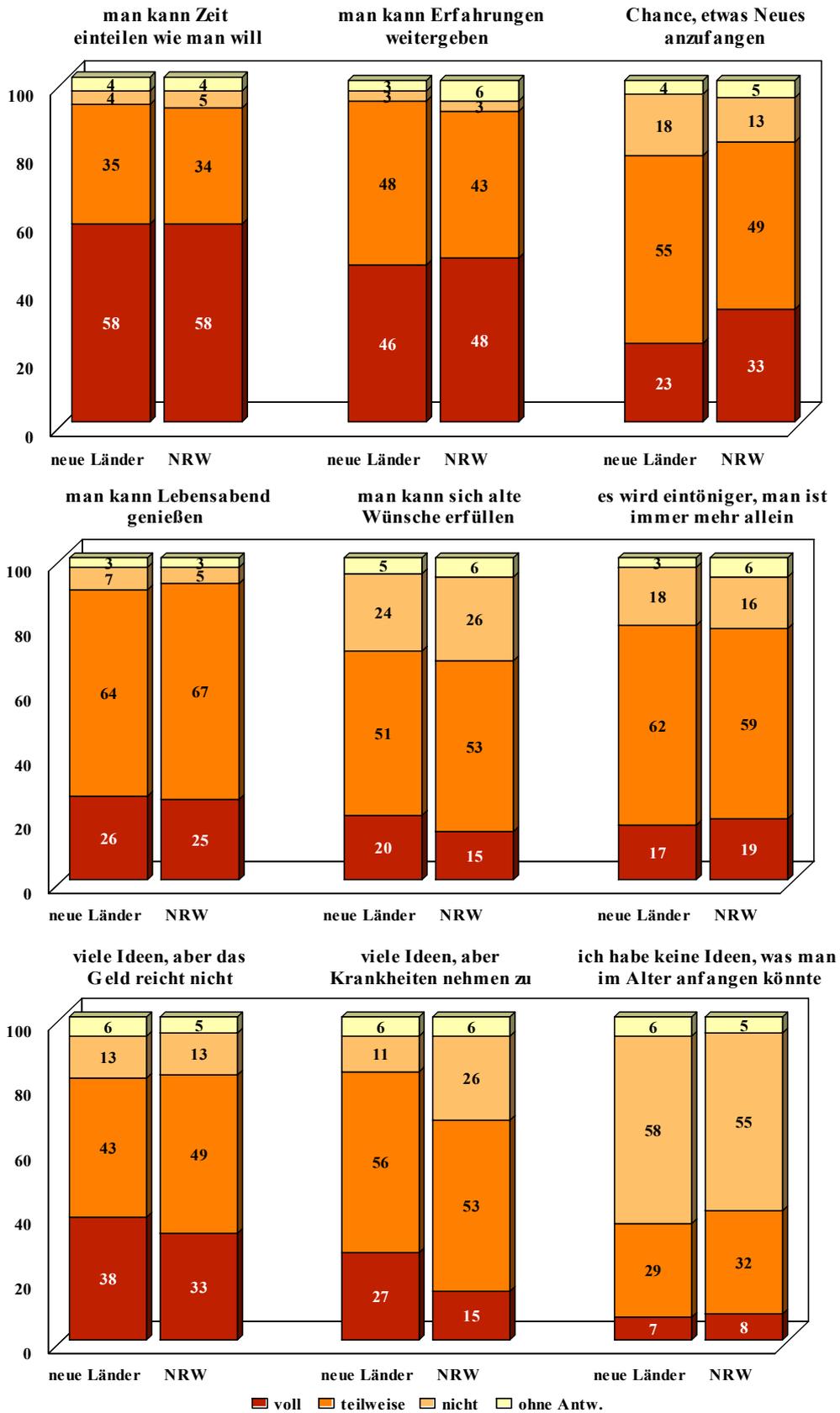
Datenbasis: sfz/leben 2011 (gew.)

<sup>20</sup> 6. Bericht zur Lage der älteren Generation, a.a.O., S. 28/245 ff.

<sup>21</sup> Ebenda, S. 58/59.

<sup>22</sup> Datenbasis: sfz/leben 2011 (gew.).

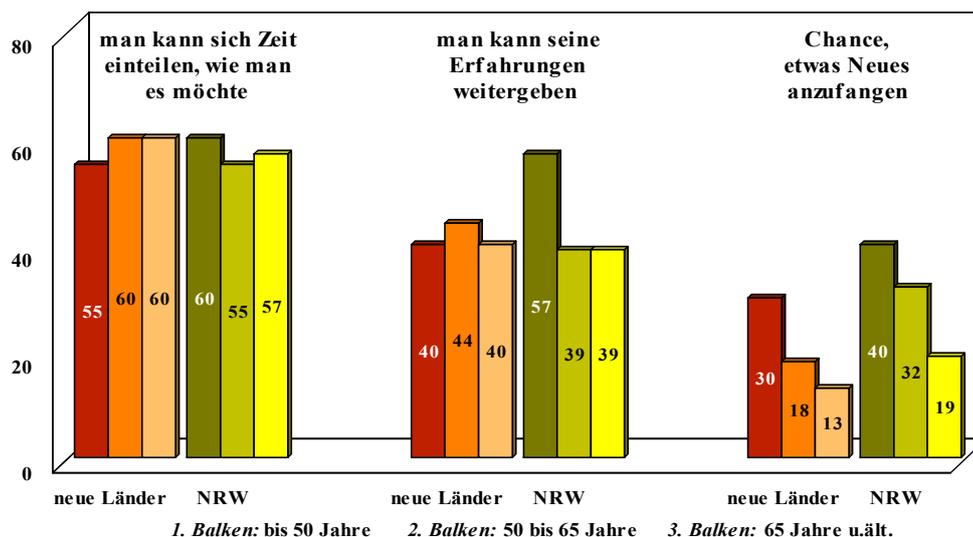
Abbildung 2.12: Es gibt verschiedene Altersbilder - sagen Sie uns bitte, ob Sie den nachfolgenden zustimmen können! - 2011 - nach Regionen - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2011 (gew.)

- Arbeitswelt und familiäre Strukturen geben einen Rhythmus des Lebens vor, den zu überwinden als „Befreiung“ empfunden wird (insofern ist eine Begrenzung auf die Arbeitswelt zu eng<sup>23</sup>). Die Aussagen verweisen auf eine relativ hohe Übereinstimmung der unterschiedlichen Altersgruppen, was - bezogen auf Frauen und Männer - jedoch nur in NRW zutrifft (jeweils 58 %), während in den neuen Bundesländern Frauen wesentlich mehr Zeitsouveränität und Gestaltung des Alterns miteinander verbinden (64 %) als Männer (51 %). Die Ursachen liegen mit hoher Wahrscheinlichkeit in den unterschiedlichen Lebensbiografien der Mehrheit der Frauen gegenüber den Männern (Vereinbarkeitsproblematik, die auch im Osten in der Vergangenheit mehrheitlich eine Doppelbelastung für Frauen war), als auch gegenüber den westdeutschen Frauen. Offensichtlich spielen aber auch solche Faktoren eine Rolle, wie z.B. die Erfahrung, dass auch unter veränderten gesellschaftlichen Verhältnissen Rentner „niemals Zeit haben“.
- Die Vorstellung, älter zu werden mit der Weitergabe von Erfahrungen zu verbinden, hat zwar einen hohen Stellenwert, reflektiert aber weitaus weniger soziale Erfahrungen der Realität. Wenn auch empirisch nicht im Zusammenhang mit der Untersuchung belegbar, so ist der Bedarf sowohl in der Politik, in Betrieben, in Schulen usw. doch weitaus geringer entwickelt als der individuelle Wunsch danach. Eine Ursache mag auch darin zu sehen sein, dass vorhandene Erfahrungen und der entsprechende Bedarf sich lokal nicht in Übereinstimmung bringen lassen, aber auch die Fähigkeit und/oder Möglichkeit zur Erfahrungsvermittlung (z.B. in Schulen) durchaus weniger gegeben ist als man annimmt. Zum Teil behindern auch rechtliche Rahmenbedingungen solche Aktivitäten.
- Im Alter etwas Neues zu beginnen, differenziert sich stark altersabhängig (vgl. Abbildung 2.13). Es ist offensichtlich, dass Ältere bereits die Erfahrung gesammelt haben, dass es in hohem Maße abhängig ist von der individuellen Lebenslage - von bereits vorhandenen Vorstellungen, von den Fähigkeiten dazu und nicht zuletzt vom individuellen/familiären Einkommen - aber auch der Bereitschaft der Älteren, Neues zu akzeptieren und zu integrieren.

Abbildung 2.13: Es gibt die verschiedensten Bilder, die „Alter“ und „alt sein“ charakterisieren. Sagen Sie uns bitte, ob Sie nachstehenden Aussagen zustimmen können oder nicht! - 2011- nach Altersgruppen - in Prozent - (nur Antwort: „*stimme voll zu*“)



Datenbasis: sfz/leben 2011 (gew.)

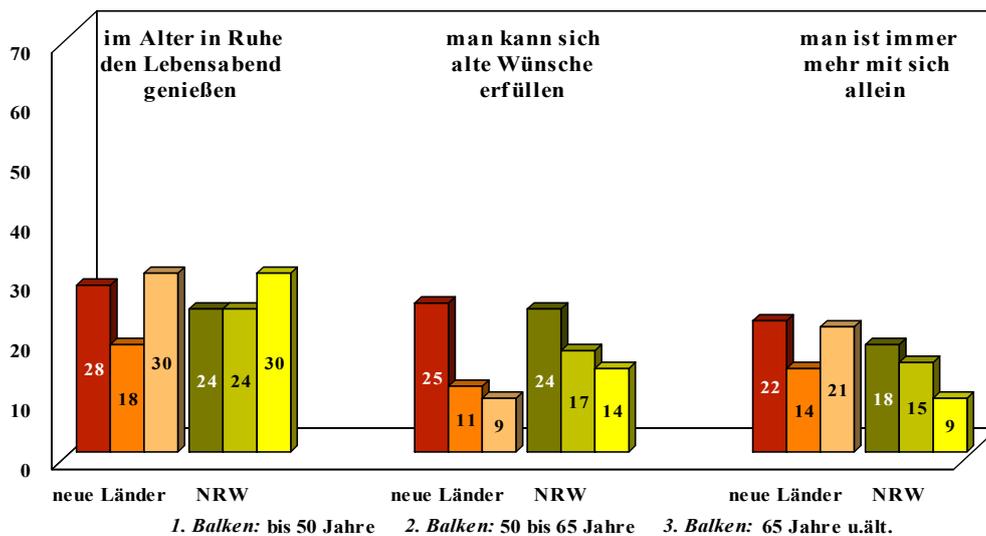
- Ein keineswegs unbedeutender Teil der Bürger (rd. 25 % in Ost und West) verbindet Altern/Altsein mit „den Lebensabend“ genießen. Dabei wird in den wenigsten Fällen darunter „Müßiggang“ zu verstehen sein, sondern eher Geselligkeit „frei von jeglichen Zwängen“. In Verbindung

<sup>23</sup> 6. Bericht zur Lage der älteren Generation, a.a.O., S. 59.

mit den individuellen Vorstellungen vom Lebensabend (vgl. Abschnitt 2.4) wird deutlich, dass darunter neben ausruhen/entspannen bei den 60-Jährigen und älteren vor allem „einem Hobby nachgehen“, Reisen, Sport, Theater verbunden ist, d.h. aus Sicht der Befragten, „generell irgendwie aktiv“ zu sein.

- Auch die Vorstellung, dass Altern verbunden ist mit der Möglichkeit, sich alte Wünsche zu erfüllen, ist eher eine Überzeugung/Vorstellung der Jüngeren als der Älteren - bei Letzteren stark an die individuelle und familiäre Lebenssituation gebunden. Es zeigt sich gerade hierbei (vgl. Abbildung 2.14), dass es große Unterschiede in den Vorstellungen in Abhängigkeit vom Alter gibt.

Abbildung 2.14: Es gibt die verschiedensten Bilder, die „Alter“ und „alt sein“ charakterisieren. Sagen Sie uns bitte, ob Sie nachstehenden Aussagen zustimmen können oder nicht! - 2011- nach Altersgruppen - in Prozent - (nur Antwort: „*stimme voll zu*“)



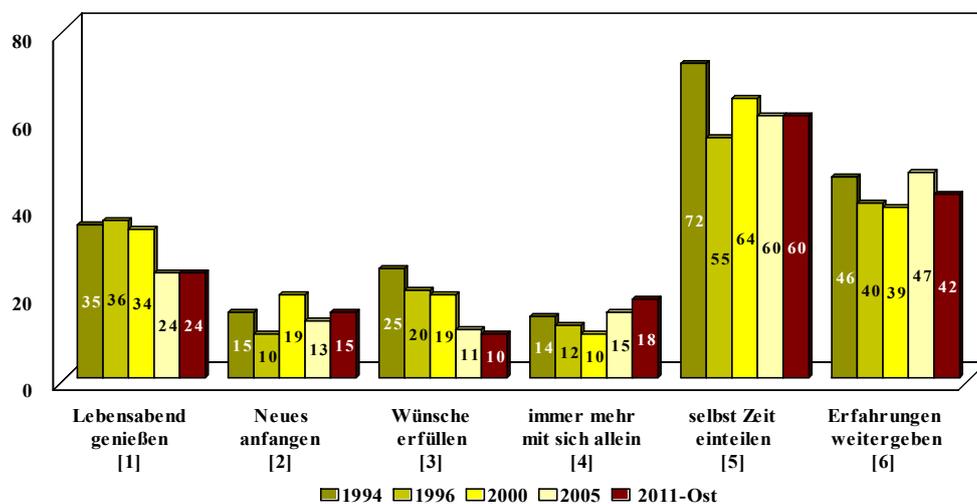
Datenbasis: sfz/leben 2011 (gew.)

- Relativ hoch (rd. 20 % mit zunehmender Tendenz) ist der Anteil jener, die Alter mit Eintönigkeit, Alleinsein und Isolierung verbinden - unter Einbeziehung des Anteils von den Befragten, die „teilweise“ eine zunehmende Isolierung annehmen, steigt der Wert auf rd. 80 %. Nicht zu übersehen, dass insbesondere in den neuen Bundesländern mit 21 % der über 65-Jährigen ein doppelt hoher Wert im Vergleich zu NRW (9 %) vorliegt - nicht unmaßgeblich dafür, dass ein hoher Anteil von älteren Bürgern aus kleineren Dörfern und Gemeinden sich dementsprechend artikuliert (31 % aus Gemeinden unter 1.000 Einwohnern) ebenso wie aus Großstädten (29 %).
- Relativ gering ist dagegen der Anteil jener, der aktiv sein möchte, aber davon ausgeht, dass die finanziellen und die physischen Möglichkeiten dazu nicht hinreichen werden.

Eine spezielle Betrachtung getroffener Aussagen seit 1994 hinsichtlich der Vorstellungen/Überzeugungen von Bürgern der neuen Bundesländer ab 50. Lebensjahr im Zeitverlauf lässt erkennen, dass

- eine weitgehend unveränderte Grundstruktur erhalten geblieben ist, welche Zeitsouveränität an oberste Stelle rückt (siehe vorangegangene Ausführungen), gefolgt von dem Wunsch, Erfahrungen weitergeben zu können. Im Vergleich über den Zeitraum seit 1994 wird in den neuen Bundesländern jedoch auch ein Rückgang des Stellenwertes der Zeitsouveränität sichtbar;
- den Lebensabend zu genießen, sich bislang unerfüllte Wünsche zu realisieren, etwas Neues anzufangen, den o.g. Vorstellungen nachgeordnet sind.
- Während die Vorstellung, „den Lebensabend zu genießen“, sich „Wünsche zu erfüllen“ über die Jahre gleichfalls eine deutlich rückläufige Zustimmung erfahren hat - offensichtlich die Realitäten der Entwicklung und die inzwischen vorliegenden Erfahrungen von älteren Bürgern der neuen Länder reflektierend - steigt im Gegensatz dazu der Anteil derjenigen, welche eher Tendenzen der Isolierung und Vereinsamung sehen.

Abbildung 2.15: Es gibt die verschiedensten Bilder, die „Alter“ und „alt sein“ charakterisieren. Sagen Sie uns bitte, ob Sie nachstehenden Aussagen zustimmen können oder nicht! - nur Befragte ab 50. Lebensjahr - neue Bundesländer und Berlin-Ost - in Prozent (nur Antwort: „stimme voll zu“)



- [1] Im Alter in Ruhe seinen Lebensabend genießen. [2] Chance, etwas Neues anzufangen.  
 [3] Man kann sich alte Wünsche erfüllen. [4] Man ist immer mehr mit sich allein.  
 [5] Man kann sich Zeit einteilen, wie man es möchte. [6] Man kann seine Erfahrungen weitergeben.

Datenbasis: sfz/leben 1994/1996/2000/2005/2011 (gew.)

Insgesamt ist jedoch festzustellen, dass zwanzig Jahre nach der Vereinigung die Vorstellungen zum Altern/Altsein davon geprägt sind, dass aktive Vorstellungen zum Altern überwiegen, wenn auch naturgemäß alters- und qualifikationsabhängig. Ebenso wie unbestritten ist, dass gerade die Vorstellungen und Ansprüche an diesen Lebensabschnitt in hohem Maße nicht nur vom individuellen Verlauf des Lebens bis zum Eintritt ins Rentenalter bestimmt werden und unterschiedliche Vorstellungen zum Altern bedingen, sondern auch vom erreichten und erwarteten Lebensstandard (insbesondere finanziell/materiell).

## 2.4 Individuelle Vorstellungen vom Altsein/Altwerden

Im Gegensatz zu den allgemeinen Annahmen des einzelnen Bürgers womit Altern verbunden wird, sind die Vorstellungen zum eigenen Lebensabend wesentlich individueller ausgeprägt. Individuelle Vorstellungen zum eigenen Alter verweisen ohne Zweifel auf das angenommene eigene Verhalten in den einzelnen Altersperioden<sup>24</sup> - vor allem aufgrund zu erwartender veränderter sozialer Beziehungen und angenommener persönlicher/familiärer Lebenslage. Die Beendigung erwerbsbedingter sozialer Beziehungen, der Ausbau vorhandener Freizeitaktivitäten bzw. der Aufbau neuer Aktivitätsfelder, die Umstellung von Erwerbseinkommen auf Alterseinkommen, all das hat maßgeblichen Einfluss auf individuelle Vorstellungen, zumindest ab dem 50. Lebensjahr. Nicht zuletzt natürlich auch durch eine sich in der Gesellschaft weiter ausdifferenzierende Vielfalt an Vorstellungen, Überzeugungen, Lebenslagen und Zukunftserwartungen, da es - wie bereits festgestellt - „das“ Alter ebenso wenig wie „die“ Alten gibt, sie sind genau so wenig eine homogene Gruppe wie „die“ Frauen oder „die“ Jungen.

Ohne Zweifel sind die Vorstellungen für das Leben im Alter immer unterschiedlich - sowohl auf den Einzelnen, aber auch auf unterschiedliche Generationen bezogen. Für viele inzwischen Ältere aus den neuen Ländern waren die staatliche Vereinigung (1990) und die Jahre danach mit starken Brüchen in den sie umgebenden Lebensverhältnissen verbunden, die es ermöglichten, vorhandene Vorstellungen besser zu erfüllen oder weniger realisieren zu können.<sup>25</sup>

<sup>24</sup> Vgl. 6. Bericht zur Lage der älteren Generation, a.a.O., S. 246-248.

<sup>25</sup> Vgl. Winkler, Gunnar: Die Region der neuen Alten ..., a.a.O., S. 42 ff.

Dabei ist insgesamt für die älteren Bürger der neuen Bundesländer festzustellen, dass inzwischen ihre Vorstellungen vom Alter und ihre Ziele und Aktivitäten zwar von ihrer Biografie, ihrer Qualifikation und aus ihrer Sozialisation vor 1990 beeinflusst, aber nicht mehr vorrangig bestimmt werden. Das schließt aus unterschiedlichen Lebensverhältnissen resultierende Bewertungen ihres Lebens im Alter durchaus ein.

Inzwischen gehört es zum gewandelten Verständnis des Alterns, dass vor dem Renteneintritt stehende Jahrgänge nicht nur davon ausgehen, möglicherweise 80 Jahre und älter zu werden, sondern auch der Tatbestand einer länger andauernden aktiven Lebensphase setzt sich langsam durch - wenn dafür die individuellen Voraussetzungen wie erforderliche Rahmenbedingungen vorhanden sind. Das bedeutet vor allem bereits im Vorfeld des Renteneintritts, sich - bzw. gemeinsam mit dem Partner - genauer als noch vor 40 Jahren zu überlegen, womit der „Lebensabschnitt Rentenalter“ ausgefüllt sein wird bzw. werden soll. Das bedeutet aber auch von Kommunen und Sozialverbänden, eine entsprechend soziokulturelle Infrastruktur zu gestalten. Die beliebten Beispiele von Künstlern oder Wissenschaftlern, bis ins hohe Alter aktiv sein zu können, sind für die Mehrheit untauglich, da die erlernten/ausgeübten Berufe - im Gegensatz zu oben Genannten - mit Eintritt ins Rentenalter nicht mehr ausgeübt werden können.

Tabelle 2.4: Haben Sie Vorstellungen über Ihren Lebensabend? - 2011 - nach Altersgruppen und Regionen - in Prozent - (*nur Noch-nicht-Rentner/Pensionäre*)

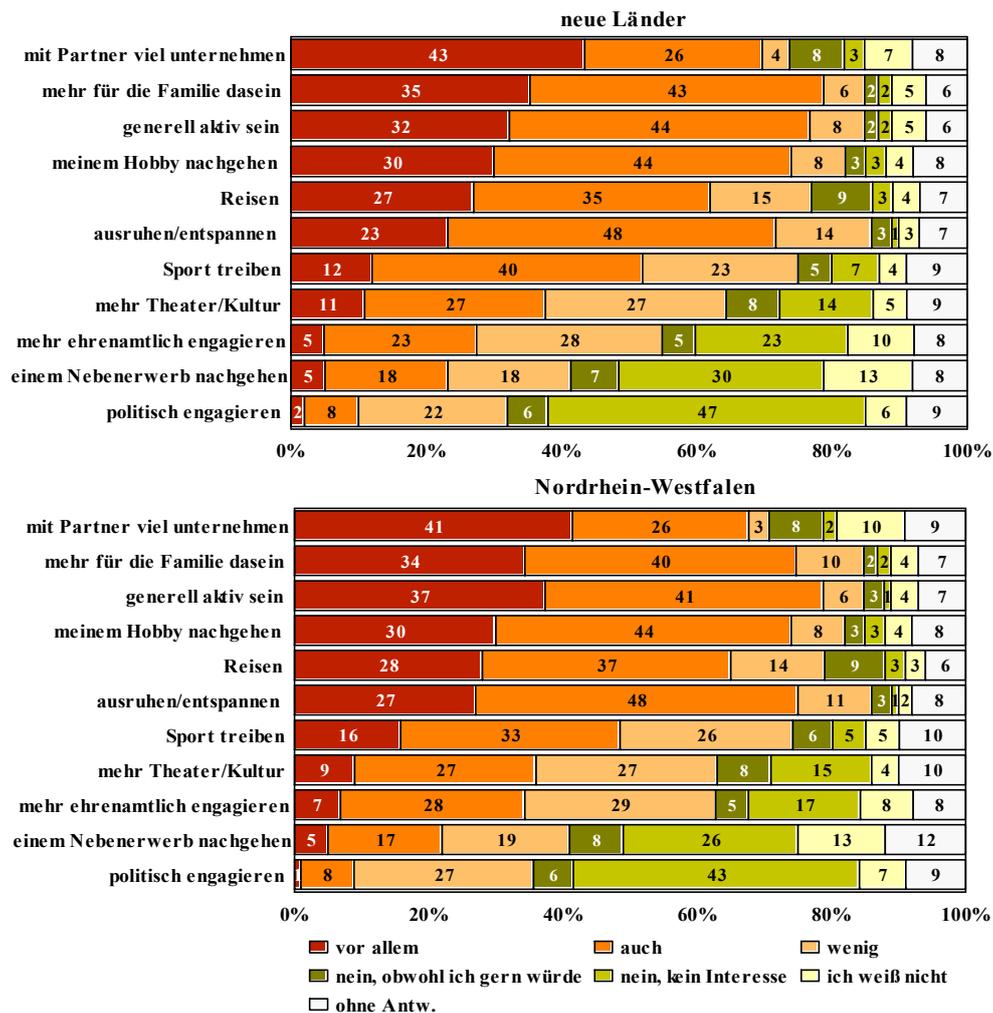
	neue Länder und Berlin-Ost				Nordrhein-Westfalen			
	unter 40 Jahren	40 bis 50 Jahre	50 bis 60 Jahre	60 bis 65 Jahre	unter 40 Jahren	40 bis 50 Jahre	50 bis 60 Jahre	60 bis 65 Jahre
relativ genau	10	14	20	31	3	18	23	30
nur zum Teil	23	28	35	35	40	33	39	36
eher nicht	33	34	21	19	34	28	19	21
nein	32	21	20	14	21	19	16	6
ohne Antwort	3	4	5	2	2	2	3	6

Datenbasis: sfz/leben 2011 (gew.)

Es ist als normal zu werten, dass insgesamt die Vorstellungen über den Lebensabend mit der zeitlichen Nähe zum „Ausstieg“ bei einem zunehmenden Anteil von Bürgern genauer werden. Über 50 % der unter 50-Jährigen haben noch keine bzw. unklare Vorstellungen zu ihrem Lebensabend. Bezieht man von den 50- bis 65-Jährigen nur diejenigen ein, welche noch nicht (aus unterschiedlichen Gründen) vorzeitig den Rentnerstatus erreicht haben (Vorruhestand, Rente mit Abschlägen, Rente wegen verminderter Erwerbsfähigkeit), so wird deutlich, dass in den neuen Bundesländern vor allem Erwerbstätigkeit, höhere Qualifikation und (z.T. damit verbundenes höheres Einkommen) zu exakteren Grundaussagen hinsichtlich der künftigen Lebensplanung führen als z.B. in NRW. So geben von den 50- bis 65-jährigen „Noch-nicht-Rentnern“ ohne beruflichen Abschluss in den neuen Ländern 15 % an, teilweise Vorstellungen zum künftigen „Lebensabend“ zu haben - im Gegensatz zu Hochschulabsolventen, welche dies mit 38 % „voll“ und zu 40 % mit „teilweise“ bejahen, d.h. mit 78 %. In den alten Bundesländern sind die Werte z.B. bei Nicht-Rentnern dieser Altersgruppe ohne beruflichen Abschluss bedeutend höher (64 %) und bei Hochschulabsolventen niedriger (59 %). Das mag im Vergleich zum Osten nicht unwesentlich damit zusammenhängen, dass die Alterssicherung im Osten aufgrund weitgehend fehlender betrieblicher und privater Vorsorge und erwarteter möglicher weiterer staatlicher Eingriffe in soziale Sicherungssysteme bedeutend geringer und unsicherer ist.

Insgesamt ist auch hier festzustellen, dass sich die individuellen Vorstellungen vom eigenen „Lebensabend“ zwischen Ost und West - bezogen auf die Aussagen der Bürger ab 18. Lebensjahr - zunächst nur relativ wenig unterscheiden.

Abbildung 2.16: Was wird einmal Ihren Lebensabend prägen bzw. prägt ihn schon? - 2011  
- nach Regionen - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2011 (gew.)

Kennzeichnend ist in beiden Regionen

- eine hohe Familien-/Partnerzentriertheit,
- eine hohe auch individuelle Bejahung von Aktivsein im Alter - bei unterschiedlichen Aktivitätsvorstellungen und -strukturen,
- eine auch individuell artikulierte hohe ablehnende bzw. zurückhaltende Aussage zu sozialen und politischen Aktivitäten im Alter.

Generell wird davon ausgegangen, dass vor allem mehr Aktivitäten gemeinsam mit dem Partner möglich sind und erfolgen („vor allem“ sehen dies 43 % im Osten und 41 % in NRW). Die Vorstellung mehr für die Familie da sein zu wollen, haben 35 % (Ost) und 34 % (NRW) aller Befragten.

Die generelle Absicht, im Alter aktiv sein zu wollen, teilen 37 % in NRW und 32 % in den neuen Bundesländern. Das wird zugleich untersetzt durch Annahmen über Hobbys, welche im Alter betrieben werden, notwendige Entspannung, Sport, Theater und Kultur generell.

Eindeutig auch die getroffenen Aussagen zum ehrenamtlichen Engagement und zu politischen Aktivitäten, welche einen geringen Stellenwert für das Leben im Alter haben und eher mit „kein Interesse“ versehen sind. So gehen 47 % im Osten und 43 % in NRW davon aus, dass für sie ein politisches Engagement im Alter nicht in Frage kommt bzw. kein Interesse dafür vorhanden ist.

Generell ist aber hervorzuheben, dass o.g. Aussagen bzw. Annahmen der befragten Bürger sich vor allem in Abhängigkeit vom Alter stark unterscheiden. Jüngere haben fast in allen ihren Annahmen überdurchschnittliche („illusionäre“?) Vorstellungen von der Ausgestaltung des eigenen „Altseins“ -

möglicherweise in der Annahme, es - im Vergleich zu den heutigen Älteren - anders oder besser machen zu wollen. So wie es Fehlannahmen über die Einkommens- und Vermögensverhältnisse Älterer bei vielen Jüngeren gibt, so ist offensichtlich auch das Leben im Alter - zumindest so wie man es gegenwärtig kennt - anders als man es sich für das eigene Altsein vorstellt.

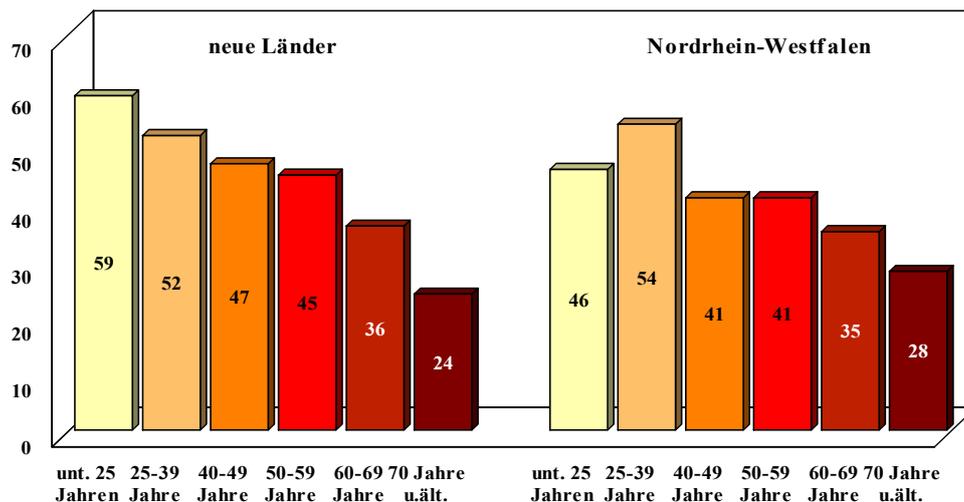
Tabelle 2.5: Was wird einmal ihren Lebensabend prägen oder prägt ihn schon? - 2011 - nach Altersgruppen und Regionen - in Prozent - (Antwort: „mit meinem Partner/meiner Partnerin viel unternehmen“)

	neue Länder und Berlin-Ost				Nordrhein-Westfalen			
	insgesamt	unter 50 Jahren	50 bis 65 Jahre	65 Jahre u. älter	insgesamt	unter 50 Jahren	50 bis 65 Jahre	65 Jahre u. älter
vor allem	43	52	43	27	41	48	38	30
auch	26	28	26	22	26	26	29	21
wenig	4	3	4	5	3	4	3	3
nein, obwohl ich gern würde	8	4	11	13	8	4	11	14
nein, kein Interesse	3	3	2	5	2	2	3	3
ich weiß nicht	7	9	7	5	10	13	7	6
ohne Antwort	8	1	7	24	9	3	8	25

Datenbasis: sfz/leben 2011 (gew.)

Bei einer Reihe von getroffenen Aussagen Älterer hinsichtlich familiärer Aktivitäten muss berücksichtigt werden, dass aus unterschiedlichen Gründen der Anteil Alleinlebender steigende Tendenz hat, was sich in der altersabhängig steigenden Aussage: „nein, aber ich würde gerne“ reflektiert. Die positiven Annahmen betreffen eher Männer als Frauen, Erwerbstätige, Bürger mit höheren beruflichen Abschlüssen und Familien mit Kindern sowie in den neuen Bundesländern Befragte mit höheren Familieneinkommen. Analoge Wertungen treffen für die Aussage „mehr für die Familie da sein zu können“ (vgl. Abbildung 2.17) zu.

Abbildung 2.17: Meinen Lebensabend wird „mit meinem Partner/meiner Partnerin viel unternehmen“ prägen bzw. prägt ihn schon. - 2011 - nach Altersgruppen und Regionen - in Prozent - (nur Antwort: „vor allem“)



Datenbasis: sfz/leben 2011 (gew.)

Hinter diesen Wertungen ist aber auch das natürliche Bedürfnis nach gemeinsamem Erleben, gemeinsamen Aktivitäten oder in der Umkehrung nach einem Leben frei von Einsamkeit und Isolierung zu verstehen. Das erhöht auch die Anforderungen an die Arbeit von Verbänden und Vereinen, welche sich - soweit sie eine Mitgliedschaft mit hohen Anteilen Älterer haben bzw. diese gewinnen wollen -

darauf einstellen müssen, Bedingungen für „Gemeinschaftserlebnisse“ zu vermitteln bzw. zu organisieren. Nicht nur für jene, denen der Partner - aus welchen Gründen auch immer - nicht mehr zur Verfügung steht, sondern auch für jene, welchen die Möglichkeiten fehlen, selbstständig partnerschaftliches Leben zu organisieren.

Es wurde bereits darauf verwiesen, dass es inzwischen weitgehend zum Allgemeinwissen gehört, dass die zunehmende Lebenserwartung zu einer längeren - nicht ausschließlich an Krankheiten gebundenen - Lebensphase im Alter führt, obwohl nach wie vor Alter und krank, Alter und Pflege in der Regel zusammen gedacht werden. Natürlich gilt auch hier, dass die Vorstellungen, ein aktives Leben im Alter zu führen, breit gefächert sind und die ganze Vielfalt kulturellen, sportlichen, sozialen und politischen Lebens erfassen. Dass sie auch unabhängig davon sind, ob der Einzelne dabei an Solo-Aktivitäten, gemeinsam mit dem Partner, im Familien- oder Freundeskreis oder in Verbänden und Vereinen denkt, ob sie regel- oder unregelmäßig, organisiert oder zufällig stattfinden.

Tabelle 2.6: Was wird einmal ihren Lebensabend prägen oder prägt ihn schon? - 2011  
- nach Altersgruppen und Regionen - in Prozent - (Antwort: „*generell aktiv sein*“)

	neue Länder und Berlin-Ost				Nordrhein-Westfalen			
	insgesamt	unter 50 Jahren	50 bis 65 Jahre	65 Jahre u. älter	insgesamt	unter 50 Jahren	50 bis 65 Jahre	65 Jahre u. älter
vor allem	32	37	30	25	37	39	40	31
auch	44	46	48	36	41	48	36	34
wenig	8	8	9	8	6	4	10	7
nein, obwohl ich gern würde	2	1	3	5	3	0	4	7
nein, kein Interesse	2	2	3	4	2	1	2	2
ich weiß nicht	5	5	5	3	4	6	2	5
ohne Antwort	6	1	2	20	7	3	6	15

Datenbasis: sfz/leben 2011 (gew.)

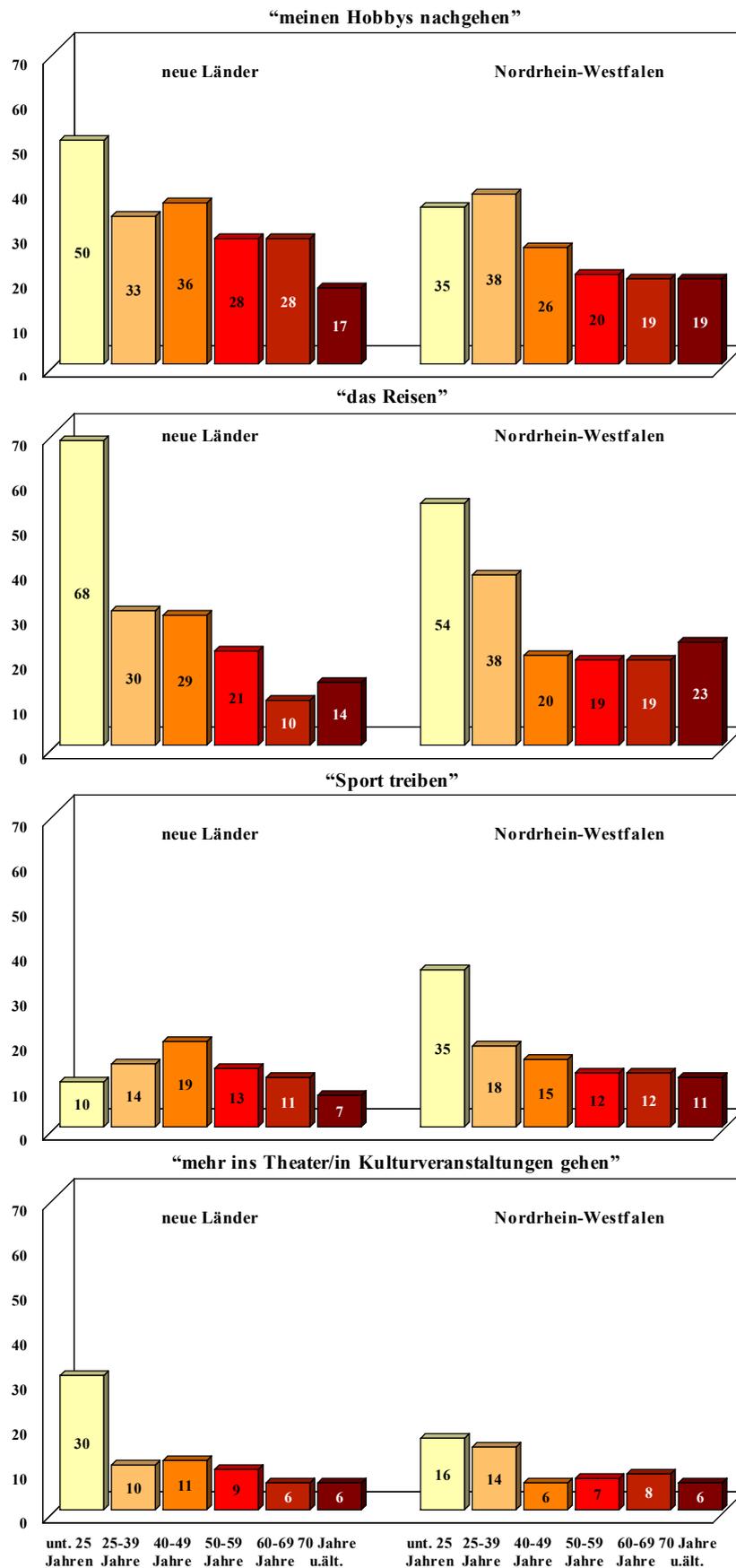
Auch hier gibt es ein erkennbares „Altersgefälle“, das jedoch nicht ganz so stark ausgeprägt ist wie z.B. die Vorstellung gemeinsamer Aktivitäten mit dem Partner/der Partnerin.

Die nachfolgenden grafischen Darstellungen verdeutlichen

- das die Vielzahl möglicher Aktivitäten generell erfassende Altersgefälle mit gegenwärtig unterschiedlichen Vorstellungen von jüngeren und vor dem Eintritt in die Altersphase Stehenden - sowie die unterschiedlichen Realitäten im „Renten“alter (wenn auch sicher oft an Singularisierung sowie körperliche Beschaffenheit im weitesten Sinne gebunden);
- die relative Stabilität von Aktivitäten ab 50. Lebensjahr, die nur begrenzt zu Umorientierungen/Erweiterungen führt;
- die Abhängigkeiten vom realisierten Lebensverlauf - z.B. bei Hobbys und Theater - wo in höherem Maße als bei anderen Aktivitäten fixe Interessen und Bedürfnisse im Alter fortgesetzt werden;
- die unterschiedlichen Ausgangspositionen zwischen Ost und West - z.B. bei sportlichen Aktivitäten - aufgrund eines unterschiedlichen regionalen Ausgangsniveaus<sup>26</sup>;
- vorhandene Annahmen - meist medial verbreitet - über das, was die Alten treiben, z.B. beim Reisen - wo aus dem Ausmaß der Werbung um die „Kreuzfahrtschiffs-Generation“ un reale Bilder von Altersaktivitäten entstehen und übernommen werden.

<sup>26</sup> Vgl. hierzu Sozialreport 50+ 2011 ..., a.a.O., Langfassung, S. 108.

Abbildung 2.18: Meinen Lebensabend wird einmal ... prägen bzw. prägt ihn schon. - 2011  
 - nach Altersgruppen und Regionen - in Prozent - (nur Antwort: „vor allem“)



Datenbasis: sfz/leben 2011 (gew.)

Tabelle 2.7: Was wird einmal ihren Lebensabend prägen oder prägt ihn schon? - 2011 - nach Altersgruppen und Regionen - in Prozent - (nur Antwort: „ausruhen/ausspannen“)

	neue Länder und Berlin-Ost				Nordrhein-Westfalen			
	insgesamt	unter 50 Jahren	50 bis 65 Jahre	65 Jahre u. älter	insgesamt	unter 50 Jahren	50 bis 65 Jahre	65 Jahre u. älter
vor allem	23	29	21	13	27	33	19	21
auch	48	50	52	41	48	48	57	42
wenig	14	14	14	15	11	10	13	12
nein, obwohl ich gern würde	3	2	5	4	3	3	3	3
nein, kein Interesse	1	0	1	4	1	0	1	1
ich weiß nicht	3	3	3	3	2	3	2	2
ohne Antwort	7	1	5	21	8	3	5	20

Datenbasis: sfz/leben 2011 (gew.)

Es wäre vereinfacht, die Aussage „ausruhen/ausspannen“ mit Müßiggang gleichzusetzen. Sie bringt wohl vorrangig das natürliche Bedürfnis auf Entspannung - auch während bzw. nach Phasen der Aktivität - zum Ausdruck.

Bei Jüngeren reflektiert sie eher gegenwärtige Lebenslagen als Vorstellungen darüber, wie Ältere leben. Im Vergleich zu anderen analysierten „Alters-Aktivitäten“ weisen die getroffenen Aussagen eine wesentlich höhere Homogenität und altersunabhängige Übereinstimmung auf.

Nicht zu übersehen ist aber auch, dass viele ältere Bürger durch den gesamten organisierten Lebensvollzug stark an die Wohnung gebunden und medial auf oft geistig verflachende Soap-Serien orientiert werden, da die Angebote für einen aktiven Lebensabend - zu realisierbaren Konditionen - zumindest gegenwärtig (noch nicht) überall hinreichend entwickelt sind. Das gilt im Besonderen in ländlichen Gebieten der neuen Bundesländer.

Die getroffenen Aussagen der Bürger aller Altersgruppen zum ehrenamtlichen Engagement stehen z.T. im Widerspruch zu den im 6. Altenbericht dargestellten Optionen bürgerschaftlichen Engagements im Alter.<sup>27</sup> Andererseits reflektieren sie die nicht zu übersehenden Probleme der Gewinnung „nachrückender“ Jahrgänge für ehrenamtliche Arbeit - besonders in den neuen Bundesländern. Zugleich machen sie aber auf das enorme Potenzial aufmerksam, welches zu erschließen möglich ist, wenn entsprechende Inhalte, Bedingungen und Ansprachen erfolgen.

Das gilt insbesondere in einer Gesellschaft, welche in den nächsten Jahren nicht nur weiter familiäre Bindungen verlieren wird (neue Lebensformen/räumliche Trennung zwischen Eltern und erwachsenen Kindern durch Abwanderung - insbesondere im Osten), sondern ehrenamtliches Engagement - im Sinne von Aktivitäten für Ältere und mit Älteren - eine wichtige Grundlage zur Bewahrung von Lebensqualität im Alter dringend benötigen wird. Natürlich ist ein ehrenamtliches Engagement von rd. 30 % einerseits viel, liegt aber andererseits unter den bereits jetzt erreichten Mitwirkungszahlen. Dabei ist allerdings davon auszugehen, dass der Fragestellung entsprechend die Antwort sich auf jene bezieht, die davon ausgehen, dass ehrenamtliches Engagement ihren Lebensabend „prägen“ wird, was die Quoten von 6 bzw. 9 % bei den noch nicht 50 Jahre alten Bürgern ebenso glaubhaft macht, wie rd. 10 bis 20 % der über 50-Jährigen, welche davon ausgehen, dass bürgerschaftliches Engagement ihren Lebensabend „auch“ beeinflussen wird.

<sup>27</sup> Vgl. 6. Bericht zur Lage der älteren Generation, a.a.O., S. 73 ff.

Tabelle 2.8: Was wird einmal ihren Lebensabend prägen oder prägt ihn schon? - 2011  
- nach Altersgruppen und Regionen - in Prozent - (nur Antwort: „*mich ehrenamtlich engagieren*“)

	neue Länder und Berlin-Ost				Nordrhein-Westfalen			
	insgesamt	unter 50 Jahren	50 bis 65 Jahre	65 Jahre u. älter	insgesamt	unter 50 Jahren	50 bis 65 Jahre	65 Jahre u. älter
vor allem	5	6	4	4	7	9	6	6
auch	23	29	21	11	26	31	26	17
wenig	28	30	33	17	29	36	27	18
nein, obwohl ich gern würde	5	3	6	6	5	2	8	10
nein, kein Interesse	23	18	23	34	17	10	22	24
ich weiß nicht	9	12	8	6	8	10	5	5
ohne Antwort	8	3	4	21	8	3	7	20

Datenbasis: sfz/leben 2011 (gew.)

Abschließend sei noch darauf verwiesen, dass die getroffenen Aussagen zum möglichen politischen Engagement im Alter noch extremer darauf verweisen, dass

- einerseits nur ein unter 1 % liegender Anteil von Bürgern von einem politischen Engagement im Alter ausgeht, bei einem hohen Anteil direkt ablehnender Haltungen - offensichtlich auch Ergebnis einer zunehmenden Distanz zwischen Politik und Bürgern, und
- andererseits die Politik selbst immer mehr elitäre Züge annimmt (hoher Anteil von Staatswissenschaftlern und Juristen) und - siehe Parlamente vom Bundestag bis in die Kommunen - kaum über 65-Jährigen Mitwirkungsmöglichkeiten bietet.

Die Untersuchung 2011 lässt aber gleichzeitig erkennen, dass andererseits ein größeres Interesse an sozialen und kulturellen Aktivitäten durchaus vorhanden ist, ohne diese jedoch zum prägenden Inhalt im Alter machen zu wollen.

Im Sozialreport 50+ 2011 werden dazu folgende Daten ausgewiesen:<sup>28</sup>

Tabelle 2.9: Wären Sie zur Mitarbeit in einer Organisation mit nachfolgenden Zielen bereit? - 2011  
- nach Altersgruppen und Regionen - in Prozent - (nur Antwort: „*ja*“)

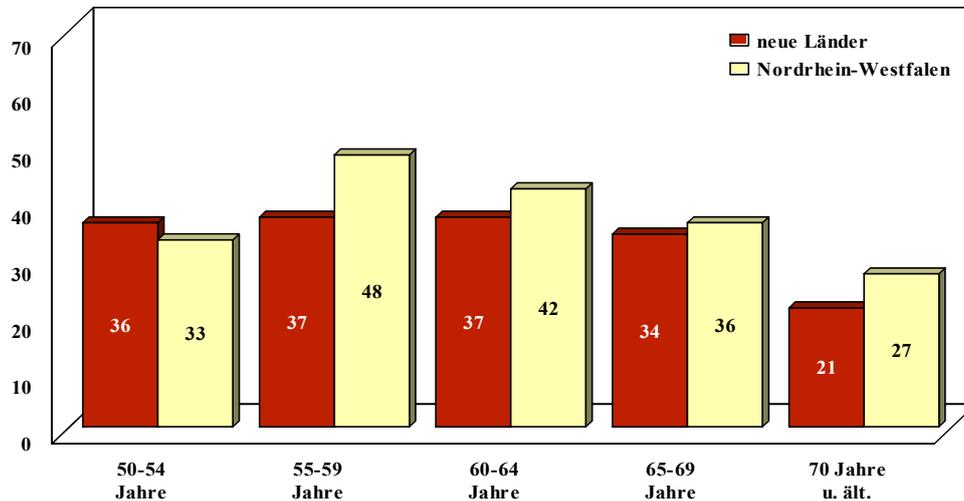
	neue Länder und Berlin-Ost				Nordrhein-Westfalen			
	insgesamt	unter 50 Jahren	50 bis 65 Jahre	65 Jahre u. älter	insgesamt	unter 50 Jahren	50 bis 65 Jahre	65 Jahre u. älter
soziale Dienste/Aufgaben	33	36	36	24	38	41	41	29
politische Interessenvertretung	11	14	9	5	14	18	14	8
Freizeitinteressen	28	34	24	20	25	33	21	15
Arbeitnehmerinteressen	18	22	19	9	20	25	18	11
Fraueninteressen	16	16	17	14	18	20	16	18
religiöse Ziele	4	3	4	6	11	10	10	15
spezielle Interessen von Gruppen (Bürgerinitiativen)	17	22	18	10	19	22	17	15

Datenbasis: sfz/leben 2011 (gew.)

<sup>28</sup> Vgl. Sozialreport 50+ 2011, a.a.O., Langfassung, S. 107 bis 113.

Für die 50- bis 65-Jährigen gilt im besonderen Maße, dass sich einerseits für viele bisher im Erwerbsleben Stehende der Wandel zum außerberuflichen Ehrenamt vollzieht - ebenso wie andererseits das Auslaufen von ehrenamtlicher Tätigkeit besonders in den Bereichen Sport und Freizeit sowie z.T. der sozialpolitischen Interessenvertretung.

Abbildung 2.19: Bereitschaft zur Mitarbeit in Organisationen mit sozialen, gemeinnützigen Zielen - 2011 - nach Altersgruppen und Regionen - in Prozent - (nur Antwort: „ja“)



Datenbasis: sfz/leben 2011 (gew.)

Dabei veranschaulichen die Ergebnisse der durchgeführten Befragung die keineswegs neue Erkenntnis einer steigenden Engagementbereitschaft zwischen 55. und 60. Lebensjahr, ebenso wie eine abnehmende Bereitschaft ab 60. Lebensjahr, d.h. mit dem realen Ausstieg aus dem „Erwerbsalter“ und Beginn der „Seniorenphase“.

Zugleich ist darauf hinzuweisen, dass das vorhandene Potenzial nach wie vor nicht hinreichend „mobilisiert“ wird. Insbesondere bei den Älteren ist von einem weiteren Rückgang von Mitgliedschaften in Verbänden und Vereinen auszugehen.

### 3 Spezifische Sichten zum Altwerden und Altsein

#### 3.1 Altersübergang

##### 3.1.1 Renteneintritt - Rentenübergang

Wo auch immer der Einzelne die Altersgrenze für Altsein oder ältere Arbeitnehmer setzt, die Phase zwischen Erwerbstätigkeit und Seniorenendasein ist für viele Menschen nicht weniger ereignisreich und kompliziert wie die Phase des Übergangs ins Erwerbsleben oder der Familiengründung.

Unter dem Motto „Platz für Jüngere“ wurde in der Bundesrepublik Ende der 80er Jahre der geförderte Vorruhestand eingeführt, der animieren sollte, die Erwerbsphase vorzeitig zu beenden bzw. durch verlängertes Arbeitslosengeld für Ältere ab 58. Lebensjahr den Übergang zu erleichtern. Für Ostdeutsche wurde - weniger mit Blick auf Jüngere, sondern im Interesse der Veränderung der Wirtschaftsstrukturen - nach der Vereinigung das „Altersübergangsgeld“ ab 55. Lebensjahr eingeführt, was de facto zur kurzfristigen Entlastung des Arbeitsmarktes um rd. 2,5 Millionen Personen führte.<sup>29</sup>

Inzwischen werden seit der Rentenreform 1998 und der Agenda 2010 mit den Hartz-Reformen die Stellschrauben wieder rechtsherum gedreht und auf eine Verlängerung des Arbeitslebens - z.B. Rente mit 67 - orientiert. Das Ganze wird mit der demografischen Entwicklung begründet, die allerdings Anfang der 90er Jahre langfristig gesehen keine anderen Entwicklungen erkennen ließ als zur Jahrtausendwende oder in der Gegenwart.

Eine Vielzahl von wissenschaftlichen Analysen, Untersuchungen und Empfehlungen begleitete in den letzten Jahren diesen Paradigmenwechsel sachlich-kritisch, wie der a-periodische erscheinende „Altersübergangsreport“, dessen Aussagen wiederzugeben nicht Anliegen des nachfolgenden Abschnitts ist.<sup>30</sup>

Im Rahmen der durchgeführten Untersuchung wurden erhoben:

- Positionen der Bürger zum allgemeinen Renteneintritt,
- die persönliche Lebensplanung in Bezug auf den Wechsel in den sog. Ruhestand,
- Vorstellungen zur beruflichen Tätigkeit nach Erreichen des Rentenalters,
- Betriebsklima und ältere Arbeitnehmer.

Tabelle 3.1: Was meinen Sie, sollte der allgemeine Renteneintritt erfolgen im Alter von ...?  
- 2011 - nach Altersgruppen und Regionen - in Prozent -

	neue Länder und Berlin-Ost				Nordrhein-Westfalen (NRW)			
	insgesamt	unter 50 Jahren	50 bis 65 Jahre	65 Jahre u. älter	insgesamt	unter 50 Jahren	50 bis 65 Jahre	65 Jahre u. älter
65 Jahren	34	27	32	49	43	42	34	54
unter 65 Jahren	48	51	55	35	37	40	45	24
unter 65 Jahren, mit Abschlägen	11	14	9	8	12	13	13	10
67 Jahren	5	7	2	3	6	5	6	9
ohne Antwort	3	2	3	5	2	1	2	2

Datenbasis: sfz/leben 2011 (gew.)

Die Diskussion um die Rente mit 67 ist - nicht zuletzt aufgrund der gesetzlich festgeschriebenen „Bestandsprüfung“ auf deren Richtigkeit - keineswegs abgeschlossen.<sup>31</sup> Die Positionen der Bürger sind eindeutig: nur 6 % in NRW und 5 % der ostdeutschen Bürger sprechen sich für das Modell „Rente mit 67“ aus, 43 % im Westen und 34 % im Osten sind für den Renteneintritt mit 65 Jahren und 49 % bzw.

<sup>29</sup> Quelle: Bundesanstalt für Arbeit, Arbeitsmarktberichte, div. Jahrgänge.

<sup>30</sup> Altersübergangsreport, gemeinsames Projekt von Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf, Forschungsnetzwerk Alterssicherung, Berlin, Institut Arbeit und Qualifikation (IAQ), Universität Duisburg-Essen, erscheint seit 2004.

<sup>31</sup> Vgl. hierzu die Monitoring-Berichte des „Netzwerks für eine gerechte Rente“, Nr. 1 bis 4, Berlin 2008 bis 2010.

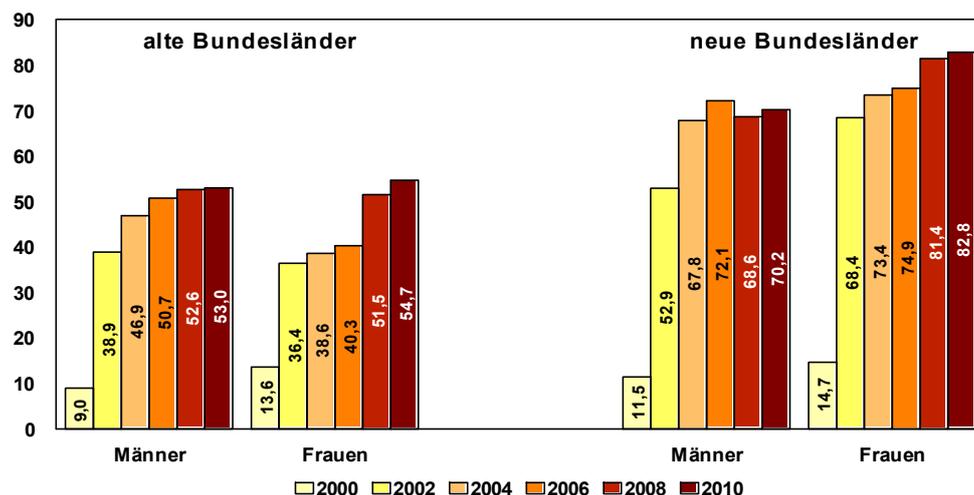
59 % unterstützen einen Rentenbeginn vor dem 65. Lebensjahr (darunter 12 bzw. 11 % unter Hinnahme von Abschlägen).

Die Positionen sind zwischen Ost und West relativ übereinstimmend, mit einer stärkeren Unterstützung eines vorzeitigen Renteneintritts im Osten - offensichtlich Ausdruck der höheren Arbeitslosigkeit. Im Vergleich zum Vorjahr<sup>32</sup> haben sich die Anteile für einen generellen Eintritt mit 65 Jahren erhöht. Darüber hinaus ist festzustellen:

- Frauen in Ost wie West treten eher für eine vorzeitige Berentung ohne Abschläge ein,
- Jüngere in Ost wie West unterstützen den Eintritt vor 65 Jahren,
- auch Arbeitslose in den alten und neuen Bundesländern unterstützen in hohem Maße die Rente vor 65 Jahren,
- in den alten Bundesländern findet das Modell „Rente mit 67“ eine moderate höhere Zustimmung (6 %) als im Osten (5 %) - jedoch im Besonderen bei Männern aus den alten Ländern (9 %).
- Hochschulabsolventen unterstützen Rente mit 67 in Ost (13 %) wie West (18 %) überdurchschnittlich, was sicher weniger der besseren Einsicht, sondern den günstigeren Arbeitsbedingungen geschuldet sein dürfte. Unterstützung auch von Selbstständigen in Ost (13 %) wie West (14 %) sowie den höheren Einkommensgruppen (zwischen 15 und 20 %).

Für die Einführung der Rente mit 67 sind gegenwärtig nach wie vor keine Voraussetzungen gegeben.<sup>33</sup> Die Anzahl der arbeitslosen Bürger ab 50 Jahre ist seit 2004/2005 durchgängig angestiegen und lag im September 2011 mit 866.000 Bürgern bei einer Arbeitslosenquote von rd. 7,5 %. Im Durchschnitt waren in den alten Bundesländern 6,3 % und den neuen Ländern 11,6 % der älteren Bürger arbeitslos - das sind jeweils die höchsten Quoten aller Altersgruppen. 31,0 % aller Arbeitslosen sind 50 Jahre und älter - im Osten 32,9 % und im Westen 30,1 % - bei steigender Tendenz.<sup>34</sup> Hinzu kommt, dass der Anteil prekärer Beschäftigung in diesen Altersgruppen gleichfalls zugenommen hat. Gegenwärtig und in naher Zukunft ist das Heraufsetzen des Renteneintrittsalters ein Schritt zur weiteren Rentenkürzung und Altersarmut. Das belegen auch die Entwicklungen im Rentenzugang.

Abbildung 3.1: Anteil der Versichertenrenten mit Abschlägen am jährlichen Rentenzugang - nach Regionen - in Prozent -



Quelle: Rentenversicherung in Zeitreihen 2010, Hrsg.: DRV-Bund, Berlin 2010, S. 63/64 und Rentenversicherung in Zahlen 2011, Berlin 2011

<sup>32</sup> Vgl. hierzu: Sozialreport 2010 - Die deutsche Verrentung - 1990 bis 2010 - Positionen der Bürgerinnen und Bürger (erarbeitet im Auftrag der Volkssolidarität Bundesverband e.V. durch das Sozialwissenschaftliche Forschungszentrum Berlin-Brandenburg e.V.), Berlin 2010, S. 118.

<sup>33</sup> Vgl. Winkler, Gunnar: 20 Jahre später - 1989 bis 2009 - Die friedliche Revolution und ihre Ergebnisse, hrsg. durch das Sozialwissenschaftliche Forschungszentrum Berlin-Brandenburg e.V., Berlin 2009, S. 131 ff.

<sup>34</sup> Vgl. Bundesagentur für Arbeit: Der Arbeits- und Ausbildungsmarkt in Deutschland - September 2011 sowie Sozialreport 50+ 2011, a.a.O., Abschnitt 3.3.

Wenn auch die Vorstellung, vorzeitig in die Rente zu gehen und dabei Abschläge in Kauf zu nehmen, relativ gering ist (9 % der 50- bis 65-Jährigen im Osten und 13 % im Westen), so machen die offiziellen Daten den Widerspruch zwischen eigenen Vorstellungen und vorhandenen Zwängen deutlich. Ein Beleg dafür ist die Zahl der Bürger, welche tatsächlich mit Abschlägen in die Rente gehen, die in den Jahren seit 2000 deutlich gestiegen ist. Waren es seinerzeit 99.300 Versicherte<sup>35</sup>, welche freiwillig (mehr oder weniger) mit Eintritt in die Rente diese Möglichkeit nutzten, so stieg bis 2010 deren Anzahl auf rd. 496.000<sup>36</sup> - das ist eine Steigerung auf rd. 500 %. Die dabei erfolgte durchschnittliche Rentenminderung - welche 2000 noch 35,44 Euro pro Monat betrug - stieg bis 2010 auf 100 Euro pro Monat (brutto), was fast einer Verdreifachung entspricht.

Die Abbildung 3.1 verdeutlicht den kontinuierlichen Anstieg seit 2000.

Das heißt, dass 57,9 % aller Rentennewuzugänge der gesetzlichen Rentenversicherung im Jahr 2010 sich für vorzeitigen Rentenzugang mit Rentenabschlägen auf Lebenszeit entschieden haben (bzw. entscheiden mussten). Bei einer durchschnittlichen Rentenlaufzeit von 18,4 Jahren bedeutet das eine Einkommensminderung von über 22.000 Euro.

Dabei werden insgesamt deutliche Differenzierungen zwischen Ost und West sichtbar.

Tabelle 3.2: Abschläge im Rentenzugang 2010 - Versichertenrenten -

	insgesamt	alte Bundesländer		neue Bundesländer	
		Männer	Frauen	Männer	Frauen
<b>Versichertenrenten insgesamt</b>	<b>856.224</b>	<b>338.015</b>	<b>369.636</b>	<b>68.047</b>	<b>80.526</b>
durchschnittlicher Rentenzahlbetrag in Euro	657	808	494	785	666
<b>Versichertenrenten mit Abschlag</b>	<b>495.818</b>	<b>179.211</b>	<b>202.172</b>	<b>47.781</b>	<b>66.654</b>
Anteil in Prozent	57,9	53,0	54,7	70,2	82,8
durchschnittlicher Rentenzahlbetrag in Euro	729	897	605	734	649
durchschnittliche Abschlagsmonate	36,8	31,8	40,0	33,5	43,2
durchschnittliche Höhe der Rentenminderung wegen Abschlägen (brutto) in Euro/Monat	100	104	91	91	107

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung, Rentenversicherung in Zahlen 2011, S. 56

Der Anteil der Rentenzugänge mit Abschlägen betrug 2010 bei Männern in den alten Bundesländern 53,0 % und bei Frauen 54,7 %. In den neuen Ländern lagen die vergleichbaren Werte für Männer bei 70,2 % und für Frauen bei 82,8 %.

Die Rentenabschläge betragen pro Monat im Jahr 2010 (brutto) für:

- Männer-West 104 Euro Frauen-West 91 Euro,
- Männer-Ost 91 Euro Frauen-Ost 107 Euro.

Die Motive für einen vorzeitigen, mit Abschlägen verbundenen Renteneintritt sind sicher unterschiedlich. Der Vergleich lässt aber erkennen, dass in den alten Bundesländern nach Abzug der Abschläge der verbleibende Rentenzahlbetrag bei Männern (897 Euro) über dem Durchschnitt aller männlichen West-Renten liegt (808 Euro), ebenso wie bei Frauen (605 Euro nach Abschlag/alle Rentnerinnen 494 Euro). Im Gegensatz dazu erreichen die Rentenzugänge im Osten durch die Inkaufnahme der Abschläge ein Sinken unter den allgemeinen Durchschnitt. So erhalten Männer 734 Euro nach Abschlag bei einem Durchschnitt von 785 Euro und Frauen 649 Euro bei 666 Euro für alle Rentnerinnen. Dieser Vergleich verweist darauf, dass im Osten der Hauptanteil der Neuzugänge mit Abschlag diese Lösung für sich in Anspruch nimmt, weil so der Rentenzahlbetrag noch über dem sonst möglich zu erzielenden Einkommen liegt bzw. aufgrund von Festlegungen mit der Arbeitsagentur erfolgen muss. In den alten Bundesländern sind es eher Neurentner, welche zeitiger in die Rente gehen und es sich „leisten“ können.

<sup>35</sup> Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung, Rentenversicherung in Zeitreihen 2010, S. 63 ff.

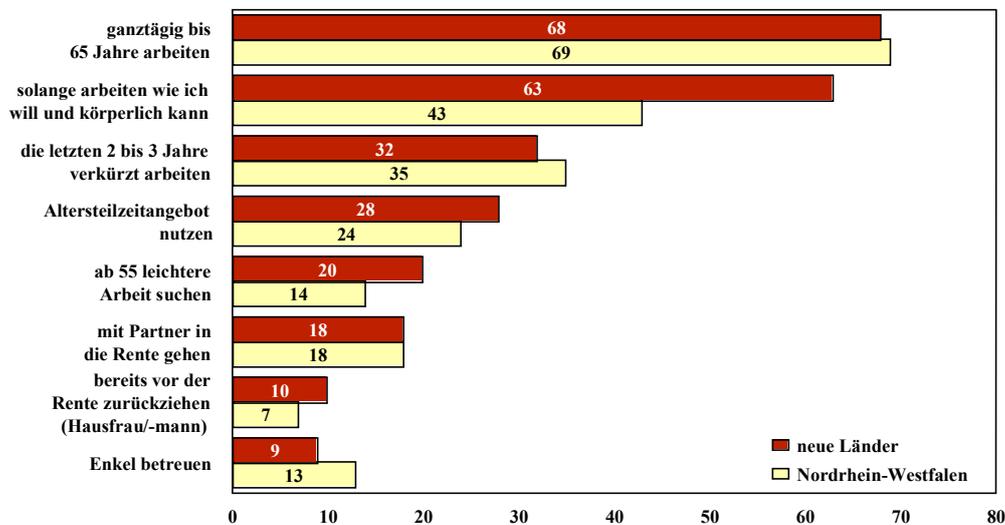
<sup>36</sup> Statistik der Deutschen Rentenversicherung, Rentenversicherung in Zahlen 2011, S. 56.

Bezogen auf die Neuzugänge bei Altersrenten (ohne Erwerbsminderungsrenten) ergibt sich für 2010:

- Anteil im Rentenzugang bei Altersrenten mit Abschlägen
  - Männer West 40,5 %, Ost 59 %; Frauen West 45,1 %, Ost 79,1 %
- durchschnittliche Abschlagshöhe
  - Männer West 118,01 Euro, Ost 101,57 Euro; Frauen West 99,55 Euro, Ost 116,41 Euro

Im Gegensatz zu den o.g. Positionen zur gesetzlichen Regelung für den Renteneintritt sind naturgemäß die individuellen Vorstellungen weitaus differenzierter. Bezogen auf die noch nicht im Rentner-/Pensionärstatus befindlichen Bürgerinnen und Bürger in den Altersgruppen zwischen 50. und 65. Lebensjahr gibt es eine Vielfalt individueller Vorstellungen über den Weg dahin.

Abbildung 3.2: Welcher Wechsel in den sog. Ruhestand entspricht Ihrer persönlichen Lebensplanung? - **55 bis 60 Jahre, noch im Erwerbsleben stehend** - 2011 - nach Regionen - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2011 (gew.)

In den individuellen Vorstellungen des Übergangs in den Rentnerinnen- bzw. Rentnerstatus sind vor allem zeitliche (Lebensarbeitszeit) Überlegungen bestimmend:

- die Vorstellung auf eine ganztägige Beschäftigung bis zum 65 Lebensjahr - bei Männern stärker als bei Frauen,
- die Vorstellung, so lange arbeiten zu können, wie man es wünscht und gesundheitlich ermöglichen kann,
- der evtl. Wechsel in vorhandene Altersteilzeitangebote,
- eine 2- bis 3-jährige Verkürzung der Arbeitszeit vor dem Erreichen des Renteneintrittsalters.

Mit wesentlich geringeren Anteilen als o.g. allgemeinen Übergangsmodele werden Vorstellungen aufgrund der familiären bzw. individuellen Situation benannt wie:

- leichtere Arbeit,
- Rückzug ins Hausfrauen-/Hausmannsdasein,
- Enkel betreuen,
- gemeinsam mit Partner in die Rente gehen.

### 3.1.2 Erwerbsarbeit Älterer - Erwartungen - Bewertungen<sup>37</sup>

Die Bewertungen der Bürger und offizielle Verlautbarungen sind hinsichtlich der Erwerbsarbeit Älterer keineswegs deckungsgleich. Fast die Hälfte der Bürger in Ost wie West geht davon aus, dass der Stellenwert der Erwerbsarbeit für Ältere abgenommen hat, ein knappes Drittel stellt eine Zunahme fest. In den letzten 5 Jahren stieg die Zahl der im Erwerbsleben stehenden älteren Bürger (50 bis 65 Jahre) erkennbar an. Dieses positive Ergebnis kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass Ältere vom Aufschwung am Arbeitsmarkt am wenigsten profitierten.

Tabelle 3.3: Hat Ihrer Meinung nach der Stellenwert der Erwerbsarbeit von Älteren in der Gesellschaft zugenommen oder abgenommen? - 2011 - nach Altersgruppen und Regionen - in Prozent -

	neue Länder und Berlin-Ost				Nordrhein-Westfalen (NRW)			
	insgesamt	unter 50 Jahren	50 bis 65 Jahre	65 Jahre u. älter	insgesamt	unter 50 Jahren	50 bis 65 Jahre	65 Jahre u. älter
zugenommen	28	32	25	22	31	29	34	31
abgenommen	46	46	47	47	46	47	46	46
unverändert geblieben	22	21	25	22	21	22	19	20
ohne Antwort	4	2	2	9	2	2	1	4

Datenbasis: sfz/leben 2011 (gew.)

Ein Anstieg von rd. 1,7 Millionen älterer Bürger in den letzten fünf Jahren, welche in einer sozialversicherungspflichtigen Tätigkeit beschäftigt sind<sup>38</sup>, hat neben der wirtschaftlichen Entwicklung natürlich auch mit der Zunahme der Bevölkerung dieser Altersgruppe um rd. 1,8 Millionen Bürger, einem sich langsam vollziehenden späteren Renteneintritt, aber auch mit einer Zunahme von Beschäftigung Älterer in ausschließlich geringfügiger Tätigkeit (rd. 1,3 Millionen - 1,1 Millionen im Westen und 0,2 Millionen im Osten) sowie prekären Arbeitsverhältnissen insgesamt zu tun. Dabei stieg die Anzahl sozialversicherungspflichtig Beschäftigter zwischen Anfang 2006 bis Ende 2010 um 1,3 Millionen im Westen und 0,4 Millionen im Osten.

Der ökonomische Druck (sinkende Renten/geringere Verdienste) hat - auch aus der Sicht der Bürger - maßgeblichen Anteil an steigender Berufstätigkeit - auch unter sich verschlechternden Bedingungen.

Tabelle 3.4: Gegenwärtig sind mehr ältere Menschen ab 55 Jahre berufstätig als noch vor 10 Jahren. Worin sehen Sie mögliche Ursachen? - 2011 - nach Altersgruppen und Regionen - in Prozent - (nur Antwort: „vor allem“)

	neue Länder und Berlin-Ost				Nordrhein-Westfalen (NRW)			
	insgesamt	unter 50 Jahren	50 bis 65 Jahre	65 Jahre u. älter	insgesamt	unter 50 Jahren	50 bis 65 Jahre	65 Jahre u. älter
sinkende Renten	46	43	53	42	43	38	49	47
geringe Verdienste	41	40	47	38	40	37	44	41
unzureichend Altersvorsorge	36	33	45	35	36	34	37	39
Abbau der Alterssicherung	34	34	42	27	34	31	38	34
steigende Lebenserwartung	31	35	30	25	36	40	34	28
mehr Teilzeitarbeit	27	25	33	26	28	26	32	31
Arbeitserfahrungen	13	19	29	24	21	14	25	31
verschärfter Vorruhestand	23	22	31	17	23	21	26	26

Datenbasis: sfz/leben 2011 (gew.)

<sup>37</sup> Nachfolgende Ausführungen wurden z.T. aus Sozialreport 50+ 2011, erarbeitet vom Sozialwissenschaftlichen Forschungszentrum Berlin-Brandenburg e.V. im Auftrag der Volkssolidarität Bundesverband e.V. übernommen.

<sup>38</sup> Vgl. Bundesagentur für Arbeit - Analytikreport - Arbeitsmarkt für Ältere ab 50 Jahre, Nürnberg, August 2011, S. 6 ff.

Seit wenigen Jahren sprechen Medien und Politik davon, dass im Ergebnis des Wirtschaftsaufschwungs in Deutschland die Beschäftigung Älterer zugenommen hat. Ein erfreuliches Zeichen, hätte es nicht den Beigeschmack, dass der reale Beschäftigungszuwachs bei Älteren am geringsten und - wie bei anderen Altersgruppen auch - auf Kosten von Einkommen und sozialer Sicherheit erfolgte.

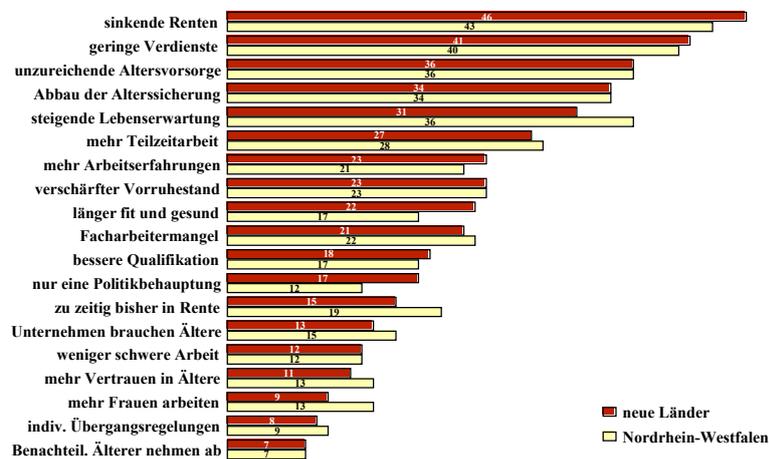
Es ist offensichtlich, dass aus Sicht von 53 % im Osten und 49 % im Westen der 50- bis 65-Jährigen vor allem die sinkenden Renten für diese Jahrgänge (im Vergleich zu den Bestandsrentnern) als Ursache angesehen werden, ebenso wie die bereits gegenwärtig niedrigeren Einkommen vieler Älterer (47 % Ost/44 % West) und eine nicht hinreichend erfolgte - größtenteils auch nicht mögliche (insbesondere im Osten) - individuelle Altersvorsorge dafür vor allem bestimmend sind.

Es ist nicht zu übersehen, dass bereits gegenwärtig Männer in den alten Bundesländern, welche im Jahr 2010 in die (Alters-)Rente gingen<sup>39</sup>, im Durchschnitt 128 Euro weniger erhalten als sog. Bestandsrentner, d.h. sich schon länger im Rentnerstatus Befindende. Bei Männern der neuen Bundesländer sind das im Vergleich bereits 182 Euro weniger. Frauen im Westen erhalten 11 Euro und im Osten 22 Euro weniger als Bestandsrentnerinnen. Ursache der geringeren Differenzen bei Frauen ist, dass die geleisteten Erwerbjahre in den nachrückenden Rentnerjahrgängen noch steigende Tendenz haben.

Erst nach den ökonomischen Faktoren Renten und Arbeitseinkommen (vgl. Tabelle 3.5) werden als weitere Ursachen für steigende Beschäftigung Älterer genannt:

- die steigende Lebenserwartung (eher von Jüngeren),
- Arbeitsmarktfaktoren wie Zugang zur Teilzeitarbeit, mehr Erfahrungswissen, vorhandene bessere Qualifikation,
- als nachrangig werden Unternehmensfaktoren (steigender Arbeitskräftebedarf, Vertrauen in Ältere) bewertet.

Abbildung 3.3: Gegenwärtig sind mehr ältere Menschen ab 55 Jahre berufstätig als noch vor 10 Jahren. Worin sehen Sie mögliche Ursachen? - 2011 - nach Regionen - in Prozent - (nur Antwort: „vor allem“)



Datenbasis: sfz/leben 2011 (gew.)

Ohne Zweifel spielt auch das sog. Betriebsklima - reales wie vorab erklärtes - eine bestimmende Rolle für Weiterbeschäftigungsbereitschaft und die Haltung Jüngerer zu den Älteren.

Insgesamt gibt es - aus Sicht der Bürger - in den Betrieben, Einrichtungen und Verwaltungen eine positive Haltung zum Zusammenwirken von Jung und Alt. Vorbehalte spielen für die Mehrheit der Befragten keine Rolle - mögen sie auch im Einzelfall von Bedeutung sein.

<sup>39</sup> Vgl. hierzu: DRV, Rentenversicherung in Zahlen 2011, DRV, Mai 2011, S. 34-37/52-55.

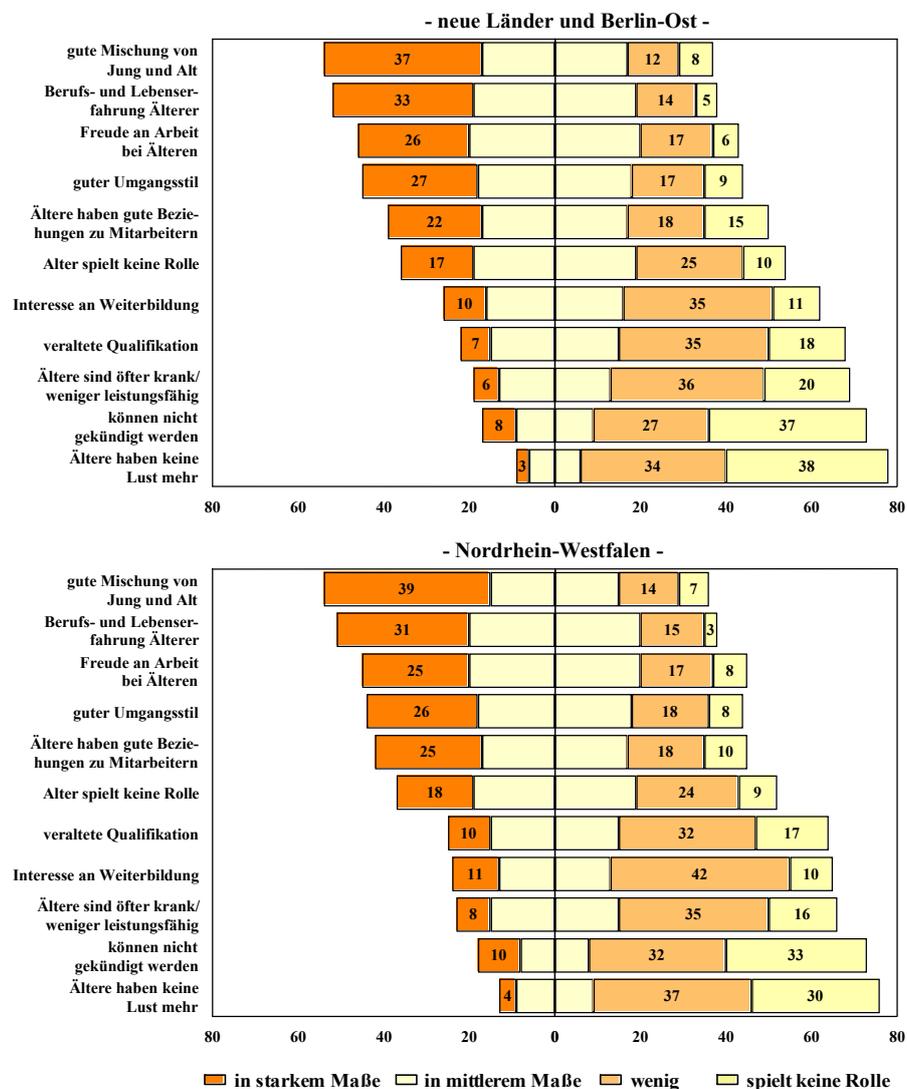
Bestimmend sind

- die Erfahrung einer guten Mischung von Alt und Jung, d.h. generationenübergreifende Arbeitskollektive,
- die Anerkennung der Berufs- und Lebenserfahrung Älterer ebenso wie Arbeitsverhalten,
- dass Alter überhaupt keine Rolle spielt, nimmt einen mittleren Rang ein.
- Kaum bzw. nur geringe Unterstützung finden Aussagen wie: unzureichende Qualifikation, Krankheiten und geringere Leistungsfähigkeit, bestehender Kündigungsschutz und generell fehlendes Interesse zu arbeiten.

Hervorhebenswert ist die Übereinstimmung in den Bewertungsstrukturen zwischen den neuen Bundesländern und Nordrhein-Westfalen.

Nur in den neuen Bundesländern erfolgt in der Altersgruppe der über 65-Jährigen eine unter dem Durchschnitt liegende Zustimmung, dass Ältere aufgrund ihrer Berufs- und Lebenserfahrung geachtet würden - offensichtlich Resultat der Erfahrungen in der Phase seit 1990 und der Ausgrenzung bzw. Freisetzung von großen Teilen von Belegschaften.

Abbildung 3.4: Was bestimmt das Betriebsklima an Ihrem jetzigen bzw. letzten Arbeitsplatz ...? - 2011 - nach Regionen - in Prozent\* -



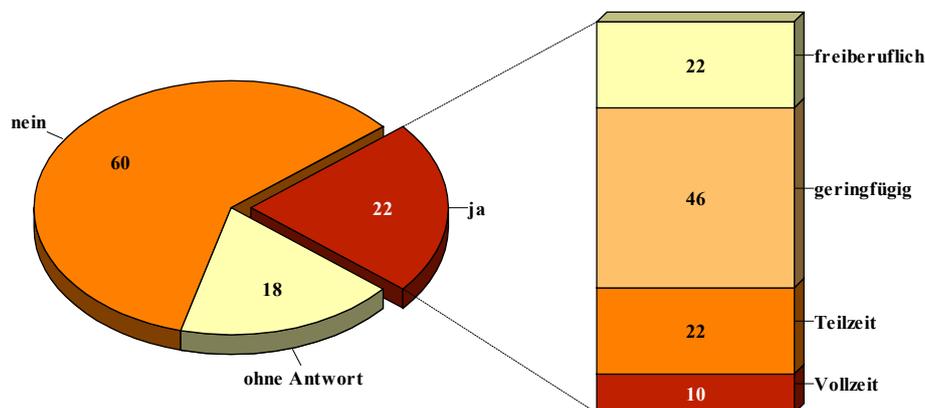
\* Differenz zu 100 = ich weiß nicht/ohne Antwort

Datenbasis: sfz/leben 2011 (gew.)

Die Vorstellungen, nach dem Renteneintritt weiter- bzw. überhaupt noch zu arbeiten, werden von rd. einem Fünftel der Bürger ab 55. Lebensjahr in den neuen Ländern und einem Viertel in NRW zum Ausdruck gebracht. Sie liegen vor allem im Bereich der geringfügigen Beschäftigung bzw. der Teilzeit und nur in geringem Maße beim Wunsch auf Vollzeitbeschäftigung. Dabei werden in Ostdeutschland homogenere Interessenstrukturen sichtbar im Vergleich zu einer größeren Differenziertheit in NRW.

Insbesondere Selbstständige (38 % Ost/67 % West) sind an Weiterarbeit interessiert - wobei das geringere Interesse in den neuen Ländern sicher auch den unterschiedlichen Strukturen der Selbstständigkeit (hoher Anteil von neuen „Solo-Selbstständigen“ sowie fehlender bzw. unzureichender Alterssicherung) geschuldet ist, ebenso wie bei Freiberuflichen. Auch niedrige Familieneinkommen (unter 1.000 Euro - 43 % im Osten/58 % in NRW) der genannten Altersgruppe artikulieren den Wunsch auf Weiterbeschäftigung. Bildungs- bzw. qualifikationsabhängige Interessenunterschiede sind im Osten von geringerem Gewicht (Hochschulabsolventen 25 %, Facharbeiter 21 %/West Hochschulabsolventen 33 %), ebenso wenig wie hervorhebenswerte unterschiedliche Interessen zwischen Frauen und Männern im Osten (21 %/23 %) im Vergleich zu NRW mit einer höheren Interessenbekundung von Frauen (29 %) als von Männern (25 %).

Abbildung 3.5: Wollen Sie nach der Berentung/Pensionierung berufstätig sein? Wenn ja, unter welchen Bedingungen? - 55 bis 65 Jahre - 2011 - neue Länder - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2011 (gew.)

### 3.2 Fahrfähigkeit/Fahrerlaubnis (Exkurs)

Senioren prägen in Deutschland zunehmend den Straßenverkehr, sowohl aufgrund ihrer steigenden Anzahl, ihrer längeren aktiven Lebensphase und einer steigenden Mobilität. Bei einem Anteil von 21 % an der ab 65-jährigen Bevölkerung (2010) waren sie nur zu 11 % an Unfällen mit Personenschaden beteiligt, bei einem deutlichen Rückgang getöteter Senioren im Straßenverkehr.<sup>40</sup>

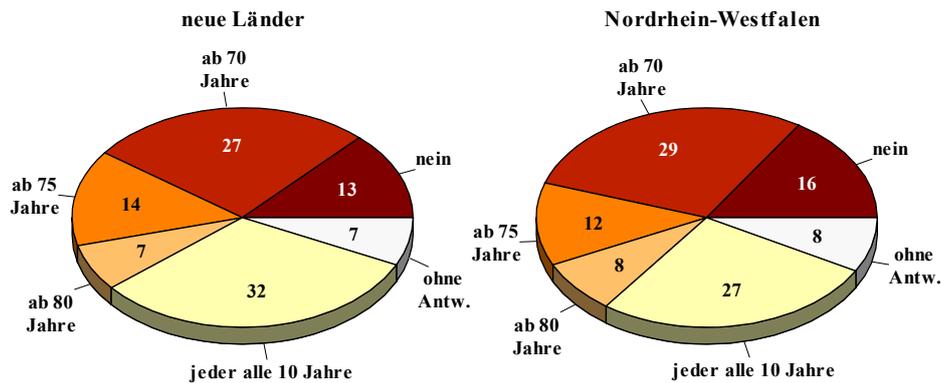
Unabhängig von dieser Entwicklung ist es ein immer wieder zwischen den Generationen gern diskutiertes und beliebtes Thema über Altersgrenzen und körperliches und geistiges Wohlbefinden in Verbindung mit Alter und Fahrerlaubnis/Fahrfähigkeit. „Mit älteren Verkehrsteilnehmern und -teilnehmerinnen wird ein erhöhtes Risikopotenzial assoziiert. Mit zunehmendem Alter lässt die Reaktionsgeschwindigkeit nach, Sehschärfe und Hörfähigkeit sinken. Daraus werden Risiken für den Straßenverkehr abgeleitet.“<sup>41</sup> In Europa gibt es eine Vielzahl von Modellen, welche von unbegrenzter Gültigkeit der erteilten Fahrerlaubnis - ohne jegliche Prüfung z.B. Belgien - bis zum restriktiven Ende jeder Fahrerlaubnis mit dem 70. Lebensjahr (z.B. Niederlande) reichen.<sup>42</sup> Die deutsche Rechtsprechung setzt (gegenwärtig) auf Selbstbeurteilung und Eigenverantwortung.

<sup>40</sup> Statistisches Bundesamt, Unfälle von Senioren im Straßenverkehr 2010, Wiesbaden 2011, S. 5/6.

<sup>41</sup> Vgl. 6. Bericht zur Lage der älteren Generation, a.a.O., S. 389.

<sup>42</sup> Siehe im Detail ebenda, S. 390.

Abbildung 3.6: Sind Sie für eine regelmäßige Begutachtung der Fahrtauglichkeit? - 2011  
- nach Regionen - in Prozent -



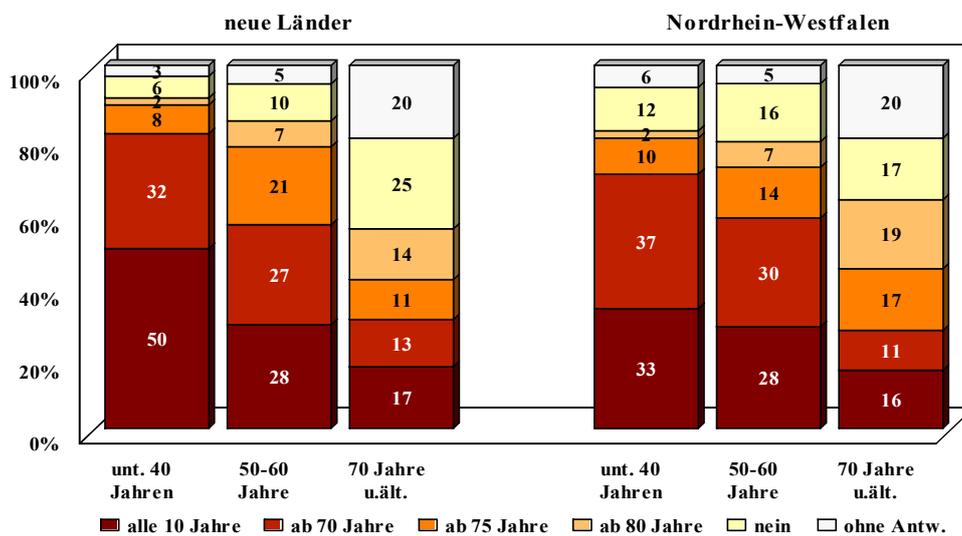
Datenbasis: sfz/leben 2011 (gew.)

Es gibt bei den Bürgern insgesamt eine weitgehende Übereinstimmung der Auffassungen zwischen Ost und West: Rd. 80 % in den neuen Ländern und 76 % in NRW unterstützen - zu unterschiedlichen Zeitpunkten - eine **regelmäßige** Überprüfung der Fahrtauglichkeit, nur 13 % (neue Länder) bzw. 16 % (NRW) sprechen sich direkt dagegen aus.

Jeweils drei von zehn Bürgern treten für eine regelmäßige Begutachtung der Fahrtüchtigkeit ab dem 70. Lebensjahr bzw. unabhängig vom Alter alle 10 Jahre ein. Zwei von 10 sprechen sich für ein höheres Lebensalter ab 75./80. Lebensjahr aus und zwei enthalten sich einer Stellungnahme bzw. sind dagegen.

Mit zunehmendem Alter verschieben sich die Grenzen der Fahrtauglichkeitsprüfung nach oben, ebenso wie eine generelle Ablehnung zunimmt sowie der Anteil derer, welche sich jeglicher Aussage enthalten.

Abbildung 3.7: Sind Sie für eine regelmäßige Begutachtung der Fahrtauglichkeit? - 2011  
- nach ausgewählten Altersgruppen und Regionen - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2011 (gew.)

### 3.3 Pflege

#### 3.3.1 Pflege - Erwartungen

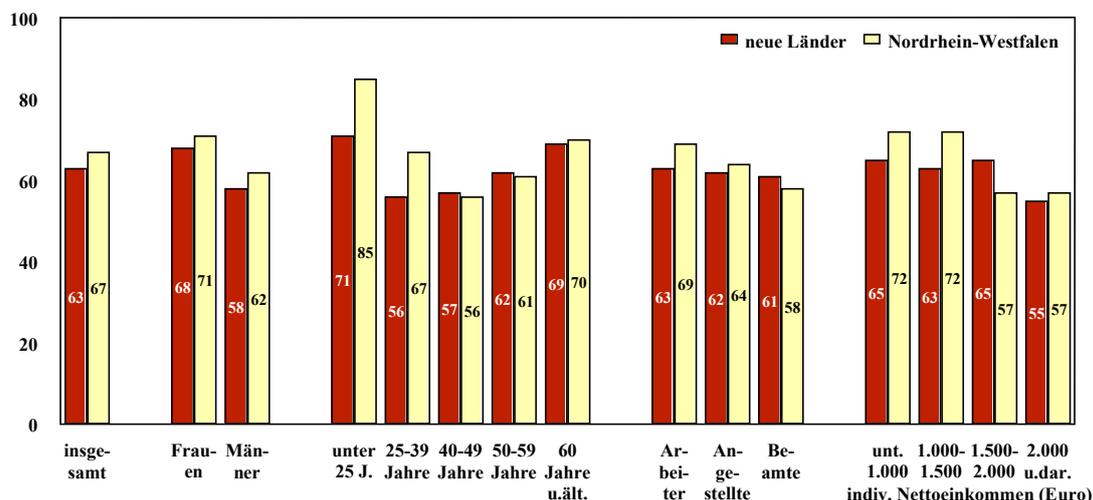
Die weit verbreitete Auffassung, Alter und Pflege gleichzusetzen, zu pflegende bzw. pflegebedürftige Menschen als Pflegefall zu kennzeichnen, sowie eine Reihe anderer irriger Annahmen, auf die im 6. Altenbericht verwiesen wird,<sup>43</sup> führen bei einer Vielzahl von Bürgern zu einseitigen und fehlerhaften Vorstellungen zu Pflege und Pflegebedürftigkeit. Im Nachfolgenden werden speziell Aussagen zur familiären Pflege aufbereitet - die weitergehenden Positionen der Volkssolidarität sind in einem speziellen Beschluss des Bundesvorstandes enthalten.<sup>44</sup>

Auf zwei Aspekte sei eingangs nochmals verwiesen:

*Erstens* wird zu Recht im 6. Altenbericht darauf verwiesen, dass keineswegs alle Bürger im höheren Alter pflegebedürftig sind bzw. werden.<sup>45</sup> Im Gegensatz dazu reflektieren jedoch die in Deutschland verbreiteten „Altersängste“ ein völlig entgegengesetztes Bild, welches sich zum Teil stark an Medien-darstellungen der letzten Jahre ebenso wie sozialpolitischen Diskussionen orientiert. Dabei ist davon auszugehen, dass weniger der „Pflegefall“ aus gesundheitlicher, sondern eher aus finanzieller Sicht die Meinungen der Bürger stark beeinflusst. Auf folgende Aussagen ist besonders zu verweisen:

- In Ost wie West rangiert hinsichtlich der Altersängste die Pflegebedürftigkeit an vorderster Stelle („vor allem“ sehen dies 63 % aller Bürger im Osten und 67 % in NRW so). Pflegebedürftigkeit steht noch vor Ängsten um das Alterseinkommen und erreicht unter Einbeziehung derer, welche nicht „vor allem“, sondern „auch“ Ängste angeben, Werte von 89 % im Osten und 88 % in NRW.
- Es sind eher die Jungen als die Älteren, die Ängste artikulieren.
- Mit sozialem Status und damit verbundenem individuellen Nettoeinkommen sinkt die Furcht vor Pflegebedürftigkeit - aber auch nicht in Größenordnungen (auch dann nicht, wenn die Antwort „auch“ einbezogen wird).

Abbildung 3.8: Was bereitet Ihnen hinsichtlich des Älterwerdens vor allem Ängste? - 2010  
- in Prozent - (Antwort: **einmal pflegebedürftig zu werden** - nur „vor allem“)



Datenbasis: sfz/leben 2011 (gew.)

*Zweitens* findet Pflege - wie der Altenbericht erneut hervorhebt - auch bei steigender Anzahl zu Pflegenden nicht vorrangig in Pflegeheimen statt.

<sup>43</sup> 6. Bericht zur Lage der älteren Generation, a.a.O., S. 181 ff.

<sup>44</sup> Pflege solidarisch, bedarfsgerecht und in hoher Qualität sichern - Positionen der Volkssolidarität zu einer Reform der Pflegeversicherung, Beschluss des Bundesvorstandes der Volkssolidarität vom 26. Februar 2011.

<sup>45</sup> 6. Bericht zur Lage der älteren Generation, a.a.O., S.185.

Die Zahl der Pflegebedürftigen betrug (2009) in Deutschland 2,34 Millionen Bürger - überwiegend ab 80. Lebensjahr.<sup>46</sup> Davon wurden 1,62 Millionen zu Hause (69 %) und 717.000 in Heimen vollstationär versorgt. Die Zahl der Pflegebedürftigen in den neuen Ländern und Berlin betrug 2009 rd. 540.000 Bürgerinnen und Bürger.

Unbestrittener Maßen leisten insbesondere die Angehörigen einen enormen körperlichen, mentalen, zeitlichen und finanziellen Beitrag zur Pflege ihrer Angehörigen, der in den wenigsten Fällen durch ein zur Verfügung stehendes Pflegegeld abgegolten wird.

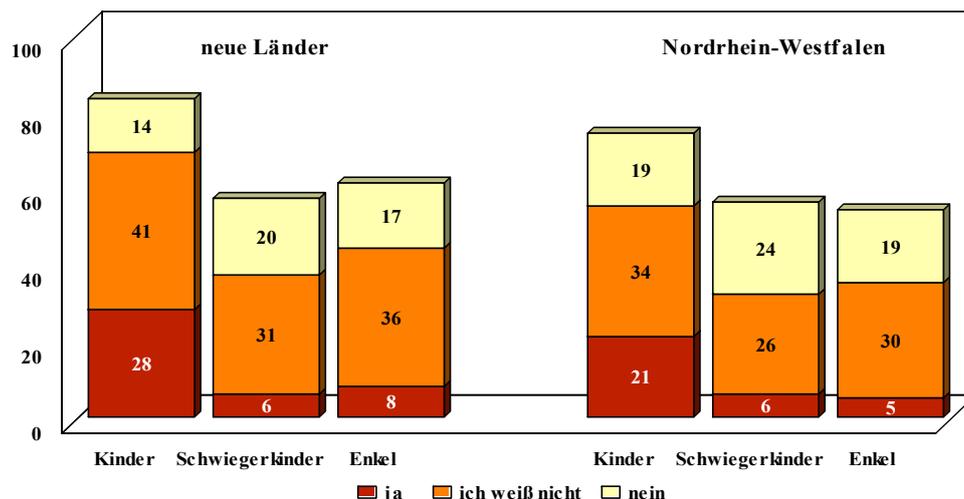
Bei den zu Hause Versorgten erfolgt die Betreuung von rd. 1,07 Millionen Pflegebedürftigen durch Angehörige und in 555.000 Fällen durch Angehörige gemeinsam mit bzw. durch ambulante Pflegedienste. Das heißt, dass mindestens rd. 1,5 Millionen Bürgerinnen und Bürger ihre Familienangehörigen zum Teil ganztags betreuen.

In den letzten Jahren hat sich die Zahl der zu Pflegenden stetig erhöht und wird mit zunehmender Alterung der Bevölkerung und der Verbesserung der medizinischen Möglichkeiten verbesserter Pflege weiter zunehmen - bei ab 90-Jährigen beträgt der Anteil Pflegebedürftiger inzwischen 59 % - im Alter von 70 bis 75 Jahre liegt der Anteil bei „nur“ 5 %.<sup>47</sup>

In oben genannten Zahlen sind allerdings nur diejenigen Bürger erfasst, welchen nach SGB XI eine Pflegestufe zuerkannt wurde, die auch entsprechend abgegolten wird - nicht erfasst sind dabei die keineswegs unbedeutenden Familienleistungen, die unterhalb der Schwelle der Anerkennung mit einer Pflegestufe anfallen. Für viele Angehörige eine durchaus komplizierte Phase des familiären Miteinanders und der „Vorphase“ auf eine nicht zu umgehende Pflege„stufe“, aber auch der Akzeptanz von notwendiger offiziell anerkannter Pflegebedürftigkeit.

Es wird im Allgemeinen davon ausgegangen, dass der Pflegebedarf in den nächsten Jahren weiter steigen wird - deutschlandweit bis 2020 auf 2,9 Millionen (Ostdeutschland inkl. Berlin auf über 600.000), so dass die Anforderungen an familiäre Leistungen gleichfalls steigen werden. Das betrifft im Besonderen - nach wie vor - pflegende Töchter und Schwiegertöchter in den Altersgruppen 50 bis 65 Jahre.

Abbildung 3.9: Glauben sie, dass falls notwendig, Ihre Familienangehörigen einmal die Pflege übernehmen werden? - **Befragte ab 50. Lebensjahr** - 2011 - nach Regionen - in Prozent\* -



\* Differenz zu 100 = trifft nicht zu/ohne Antwort

Datenbasis: sfz/leben 2011 (gew.)

<sup>46</sup> Vgl. hierzu: Statistisches Bundesamt, Pflegestatistik 2009, Wiesbaden 2011 - Der offiziellen Erfassung liegen nur Pflegebedürftige mit anerkannter Pflegestufe zugrunde.

<sup>47</sup> Ebenda, S. 7.

Es gibt insgesamt eine relativ begrenzte Zuversicht, im Pflegefall von den eigenen Angehörigen gepflegt zu werden (bzw. gepflegt werden zu können). Charakteristisch ist weniger das Gefühl, im Bedarfsfall betreut zu werden - nur 28 % der ab 50-jährigen Bürger im Osten und 21 % in NRW gehen davon aus, dass es die eigenen Kinder sein werden - sondern die Ungewissheit (Antwort: ich weiß nicht) ist bestimmend. Die höheren zustimmenden Werte im Osten mögen sowohl der größeren eigenen Kinderzahl als auch einer größeren räumlichen Nähe zwischen Eltern und Kindern geschuldet sein, möglicherweise aber auch der angenommenen höheren Bereitschaft zur Übernahme aufgrund von finanziellen Leistungen im Pflegefall.

### **3.3.2 Familiäre Pflegebereitschaft**

Während einerseits die Erwartungen älterer Menschen an künftige familiäre Pflegestrukturen eher verhalten sind, gibt es doch eine relativ hohe bekundete Bereitschaft bis 60-Jähriger, im Bedarfsfall Familienangehörige zu pflegen und bei entsprechenden Umständen auch damit verbundene „Einschränkungen“ auf sich zu nehmen. Das bestätigen folgende Aussagen:

#### *Aufgabe bzw. Einschränkung eigener Erwerbsarbeit*

In der Erhebung wurde direkt gefragt, ob gegebenenfalls die Aufgabe bzw. Einschränkung der Erwerbsarbeit annehmbar wäre, wohl wissend, dass eine Befragungsaussage noch nicht mit einer realen Entscheidung identisch ist.

Insgesamt zeigt sich, dass im Wesentlichen vergleichbare Auffassungen in Ost wie West vorliegen - im Gegensatz zu anderen untersuchten Themen. Kennzeichnend ist:

- Die absolute Aufgabe der Erwerbsarbeit ist nur für rd. 10 % der nachrückenden Generationen eine Option, ein weiteres Drittel würde es realisieren, wenn es gar nicht anders geht, d.h., dass es insgesamt rd. die Hälfte der Befragten für möglich hält - eine insgesamt trotzdem als beachtlich zu kennzeichnende Aussage.
- Eine Einschränkung beruflicher Tätigkeit stellt ganz offensichtlich die durchaus eher für möglich gehaltene Option dar, welche 31 % in den neuen Ländern und 26 % in NRW für sich bejahen. Hinzu kommen noch rd. 45 %, die es auch realisieren würden, „wenn es gar nicht anders geht“ - also rd. 70 bis 75 % insgesamt.

Der hohe Anteil ist naturgemäß unter dem Vorbehalt des Eintretens der Pflegebedürftigkeit zu sehen - wobei davon auszugehen ist, dass doch eher angenommen wird, dass es nicht für alle Eltern/Schwiegereltern zutreffen wird.

Unentschlossenheit wird auch dadurch unterstützt, dass insgesamt die Anerkennung von Pflegezeiten für Angehörige keineswegs hinreichend geklärt ist. Nach wie vor sind die Bedingungen zur Vereinbarkeit der Pflege von Angehörigen und Beruf nicht hinreichend und im Sinne eines Rechtsanspruchs geklärt.<sup>48</sup> Das gilt auch für die mit Pflege von Angehörigen verbundenen Rentenansprüche (vgl. Tabelle 3.6), welche die staatlich festgelegten Ungleichheiten von Mindestlöhnen in der Pflege bei den Angehörigen auf einem Niveau von 89 % der Ansprüche-West festlegen. Bleibt die Frage zu klären, ob der zu Pflegenden im Osten weniger wert ist oder die Pflege der Angehörigen schlechter ist?

Insgesamt erhalten mit den zunehmenden Erwartungen an familiäre Leistungen auch in der Pflege die Forderungen nach verbesserten Bedingungen für die Vereinbarkeit von beruflicher Tätigkeit und familiären Verpflichtungen einen erweiterten Inhalt - bezogen sowohl auf Erziehung und Betreuung von Kindern, aber zugleich auch auf Pflege und Betreuung von Familienangehörigen im Bedarfsfall.

Insofern stellt die Pflege und Betreuung von Angehörigen für viele Familien eine zweite Phase der Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und familiären Verpflichtungen bzw. der Nacherwerbsarbeit dar.

---

<sup>48</sup> Siehe Beschluss des Bundesvorstandes der Volkssolidarität - Abschnitt V: Pflegenden Angehörigen unterstützen - Pflege und Beruf besser vereinbaren.

- Im Gegensatz zur Gesetzgebung spielen einkommensabhängige und geschlechtsspezifische Unterschiede in der Haltung von potenziellen Betreuenden keine gravierende Rolle. Dominierend sind:
  - eine Abnahme der Bereitschaft mit dem Alter, was offensichtlich darauf zurückzuführen ist, dass sich über 40- bis 50-Jährige - mehr als Jüngere - eher mit der Problematik des Pflegens der Eltern beschäftigt haben. Auch eigene körperliche Einschränkungen und genauere Kenntnis der mit Pflege verbundenen „Belastungen“ stützen möglicherweise die getroffenen Aussagen. Das gilt auch für die in den letzten „Berufsjahren“ unmittelbar wirkenden Einschnitte auf die eigene „Rentenbiografie“.
  - Eine stärkere, prinzipiell ablehnende Haltung bei Familien mit Kindern und Alleinerziehenden ist festzustellen und - bedingt durch die spezifischen Belastungen - als normal zu bewerten.
  - Analoge Aussagen werden auch - bezogen auf einen erforderlichen Umzug zur Pflege von Angehörigen - getroffen, vergleichbar mit der Aufgabe der beruflichen Tätigkeit und in hoher Übereinstimmung zwischen Befragten Ost und West.

Tabelle 3.6: Welche Einschränkungen würden Sie auf sich nehmen um, um einen Familienangehörigen zu pflegen? - **nur erwerbstätige Befragte bis 60. Lebensjahr** - 2011 - nach Regionen - in Prozent -

	neue Länder und Berlin-Ost			Nordrhein-Westfalen		
	Berufstätigkeit aufgeben	Berufstätigkeit einschränken	umziehen (alle bis 60 Jahre)	Berufstätigkeit aufgeben	Berufstätigkeit einschränken	umziehen (alle bis 60 Jahre)
ja	11	31	11	10	26	11
wenn es gar nicht anders geht	34	45	44	32	43	42
auf keinen Fall	31	9	26	33	13	29
ohne Antwort	25	16	19	25	18	18

Datenbasis: sfz/leben 2011 (gew.)

#### *Finanzielle Aufwendungen erbringen*

Die Bereitschaft, Freizeit und finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen, ist deutlich höher ausgeprägt als gegebenenfalls die berufliche Arbeit zu beenden oder zumindest zu begrenzen.

So bekunden 44 % der bis 60-jährigen Ostdeutschen und 39 % der Befragten aus NRW ihre Bereitschaft, im Pflegefall ihre betroffenen Angehörigen finanziell zu unterstützen bzw. erforderliche Aufwendungen zu erbringen - weitere 42 % (Ost) bzw. 43 % (West) sind dazu bereit, wenn es unbedingt erforderlich wäre. Nur 8 bzw. 11 % verweigern finanzielle Unterstützungen/Hilfen, und 6 % (Ost)/7 % (West) gaben keine Auskunft.

Dabei ist hervorzuheben, dass die Unterstützungsbereitschaft in den neuen Bundesländern stärker an die eigene Einkommenssituation gebunden ist als in der westlichen Vergleichsregion. Der eigene familiäre Status ist nachrangig.

Allgemeine Einschränkungen wie Zurückstellen eigener Freizeitinteressen, Einschränkung familiärer und nichtfamiliärer Kontakte finden unterschiedlichste Akzeptanz, wobei die Bereitschaft, eigene Freizeitinteressen zurückzustellen, mit rd. 50 bis 60 % in West wie Ost deutlich den vordersten Rang einnimmt.

#### *Rahmenbedingungen verbessern*

Um den Satz „In der Pflege geht es nur gut, wenn es den Pflegenden gut geht.“ zu realisieren, bedarf es umfassender Unterstützung der Pflegenden durch die Gestaltung entsprechender Rahmenbedingungen.

Im Nachfolgenden wurden insbesondere die Aussagen der Altersgruppe der heute 50- bis 65-Jährigen aufbereitet, da hier die Wahrscheinlichkeit, sowohl des möglichen Falles zu pflegen als auch sich mit den Rahmenbedingungen schon beschäftigt zu haben, am größten ist.

Folgende Ergebnisse der Erhebung sind besonders zu beachten:

- In den neuen Bundesländern rangieren Forderungen nach einer besseren Anerkennung (Bewertung) erbrachter Pflegeleistungen - vergleichbar mit geleisteten Aufwendungen z.B. bei der Kindererziehung - an vorderster Stelle. Das betrifft sowohl die Anerkennung in der Rente sowie einen Anspruch auf eine z.B. zweijährige Bezahlung von Pflegeleistungen - in Abhängigkeit von einer vorliegenden bzw. noch nicht anerkannten Pflegestufe. Es sind gesellschaftlich notwendige Tätigkeiten, die der besseren Akzeptanz bedürfen. Diese Forderung halten 62 % der 50- bis 65-jährigen Bürger im Osten für „sehr wichtig“ und 65 % in NRW. An zweiter Stelle rangieren in den neuen Bundesländern die Einführung einer zweijährigen bezahlten Pflegezeit mit 60 % (West 51 %), an fünfter Stelle die Erhöhung des Pflegegeldes (53 %).

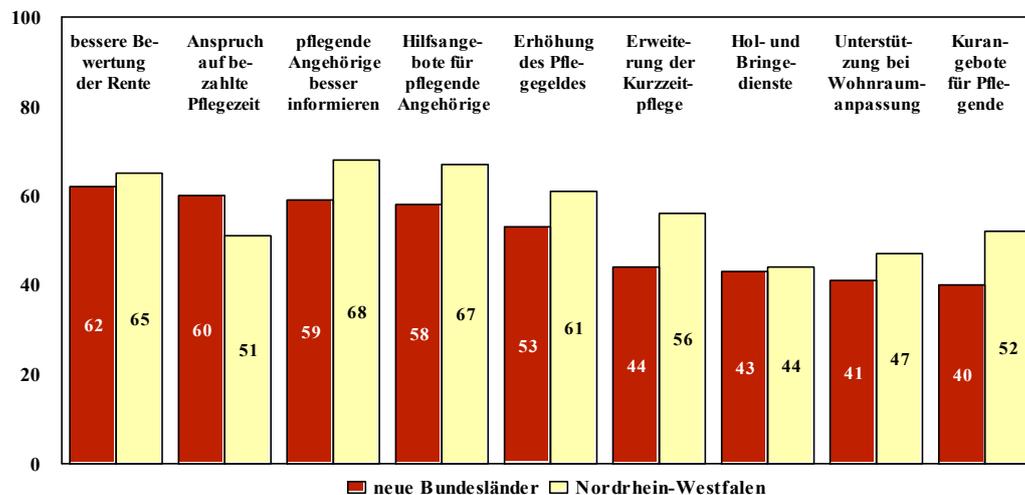
Nachfolgende Tabelle zeigt, wie viel die Pflege 2011 für die Rente wert ist:

<b>Rentenzit und Pflege- stufe des Pfleger- bedürftigen</b>	<b>Mindestpflege- aufwand pro Woche (Stunden)</b>	<b>West: Renten- versicherungs- pflichtiges Ent- gelt (Euro)</b>	<b>West: Ein Jahr Pflegetätigkeit hat einen Wert von ... Euro</b>	<b>Ost: Renten- versicherungs- pflichtiges Ent- gelt (Euro)</b>	<b>Ost: Ein Jahr Pflegetätigkeit hat einen Wert von ... Euro</b>
I	ab 14	681,33	7,35	597,33	6,53
II	14 bis 20	908,44	9,80	796,44	8,71
II	ab 21	1.362,67	14,69	1.194,67	13,06
III	14 bis unter 21	1.022,00	11,02	896,00	9,80
III	21 bis unter 28	1.533,00	16,53	1.344,00	14,69
III	ab 28	2.044,00	22,04	1.792,00	19,59

Quelle: DRV, Ihre-vorsorge.de

- In den alten Bundesländern (NRW) werden - offensichtlich auch vor dem Hintergrund insgesamt anderer und zum Teil besserer familiärer Lebensbedingungen - vorrangig vor allem eine verbesserte Information der Pflegenden (68 %) sowie die Bereitstellung entsprechender Hilfsmittel für die Pflegenden (67 %) eingefordert. Erhöhung des Pflegegeldes und Anerkennung in der Rente sind dem nachgeordnet (vgl. Abbildung 3.10).
- In den alten Bundesländern (NRW) sind die Positionen der 50- bis 65-jährigen Frauen und Männer als vergleichbar zu kennzeichnen - Unterschiede von 4 bis 6 %, bei zum Teil höheren Forderungen seitens der Männer (z.B. bei Pflegegeld - offensichtlich auf Frauen bezogen). Im Gegensatz dazu heben sich in den neuen Ländern die Positionen der Frauen sehr deutlich von denen der Männer ab. Mit einer fast durchgängigen 10- bis 15-Prozentpunkte-Differenz erreichen Frauen der genannten Altersgruppe höhere Werte hinsichtlich der aus ihrer Sicht zu verbessernden Rahmenbedingungen.
- Während sich in den alten Bundesländern die getroffenen Aussagen der unter 50-jährigen Frauen durch stringenteren Forderungen - im Vergleich zu den älteren - auszeichnen, besteht bei den jüngeren Frauen im Osten eine weitgehende Übereinstimmung mit der Altersgruppe der 50- bis 65-Jährigen sowie auch der deutliche Abstand zu den männlichen Positionen.
- Die Bewertungen von Bürgern, die durch Ihre Anerkennung als „Schwerbehinderte“ im weitesten Sinne einer besonderen Zuwendung bedürfen, unterscheiden sich in Ost wie West nicht grundlegend von Bürgern ohne Behinderungen.

Abbildung 3.10: Ein Großteil der pflegebedürftigen Menschen wird durch Angehörige zu Hause gepflegt. Was muss nach Ihrer Meinung getan werden, um pflegende Angehörige besser zu unterstützen? - **50 bis 65 Jahre** - 2011 - in Prozent - (nur Antwort: „*sehr wichtig*“)



Datenbasis: sfz/leben 2011 (gew.)

### 3.3.3 Pflegeversicherung - Finanzierung und Finanzierungsbereitschaft

Die Einführung der sozialen Pflegeversicherung (1995/1996) als umlagefinanzierte Pflichtversicherung war ohne Zweifel ein wichtiger Schritt zum Ausbau des Solidarprinzips. Seit 1996 sind einerseits die Beitrags-Einnahmen - als de facto einzige Quelle - von 19,9 Mrd. Euro bis 2009 auf 21,19 Mrd. Euro gestiegen (Einnahmen insgesamt = 21,3 Mrd.), während die Leistungsausgaben von 10,25 Mrd. auf 19,33 Mrd. Euro stiegen - insbesondere durch die enorme Entwicklung in der vollstationären Pflege.

Zugleich wurde das Solidarprinzip „aufgeweicht“ zu Ungunsten der älteren Beitragszahler:

- durch einseitige Beitragsbelastung der Rentner, indem sie den Beitrag zur gesetzlichen Pflegeversicherung alleine tragen,
- durch eine relativ hohe Steigerung des Beitragssatzes von 1,0 % auf 1,95 %,
- durch pauschale Erhöhung der Beiträge für Kinderlose.

Der Aufbau privater Pflegekassen mit „zahlungsfähiger“ Klientel hat Risiken und Risikobewältigung ungleich verteilt. Die Diskussion um eine verbesserte und gerechtere Finanzierung der Pflegeversicherung ist und bleibt ein Dauerthema.

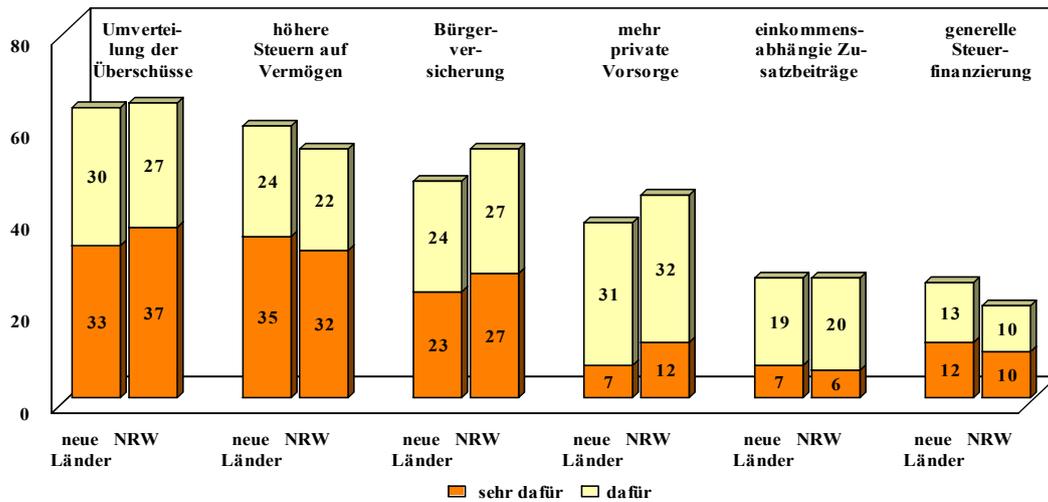
Aus Sicht der Bürger ab 18. Lebensjahr stehen in der Palette der Diskussionsbereiche in Ost wie West an vorderer Stelle:

- die Umverteilung der Überschüsse der privaten Pflegeversicherungen in die gesetzliche Pflichtversicherung, für die 63 % im Osten und 64 % in NRW „dafür“ bzw. „sehr dafür“ sind,
- die höhere Versteuerung hoher privater Vermögen und Erbschaften zugunsten der GPV (59 %/54 %),
- Ausbau der Pflegeversicherung zu einer Bürgerversicherung, in die alle einzahlen (47 %/54 %).

Dem nachgeordnet finden geringere Unterstützung:

- der Ausbau der privaten Vorsorge - im Sinne einer sog. Riester-Pflegeversicherung bzw. auch als ungeforderte Privatvorsorge (38 %/44 %),
- einkommensabhängige Zusatzbeiträge (jeweils 26 % in den neuen Ländern wie in NRW),
- Abschaffung der solidarischen Pflegeversicherung und ausschließliche Finanzierung aus Steuermitteln (25 %/20 %).

Abbildung 3.11: Welche Maßnahmen sollten nach Ihrer Ansicht getroffen werden, um Pflege künftig besser zu finanzieren? - 2011 - nach Regionen - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2011 (gew.)

Dabei sind es vor allem einkommensabhängige Zustimmungen bzw. Ablehnungen, welche die jeweiligen Vorstellungen bestimmen.

Unabhängig davon gibt es eine durchaus an bestimmte Bedingungen geknüpfte Bereitschaft auf Erhöhung der Beitragssätze für die Pflegeversicherung, wenn damit z.B. insbesondere die Betreuung von demenziell oder psychisch erkrankten Bürgern eine bessere Unterstützung erfahren würde (rd. 70 % stimmen dem mit „ja“ zu) bzw. wenn der Beitrag der Rentnerinnen und Rentner zur Pflegeversicherung wieder - wie bis 2004 - halbiert würde (rd. 50 %) oder wenn auch die Arbeitgeber zu gleichen Teilen in die Pflegeversicherung einzahlen würden (rd. 75 %).